Türkei im Kampf

INFORMATIONEN, BERICHTE UND KOMMENTARE ÜBER DEN KAMPF DES VOLKES DER TÜRKEI GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISMUS

NR.11 DM1.- JAN-82



ZUR VERSCHÄRFUNG DER AUSLÄNDER- UND ASYLGESETZE:

DER GANZ ALLTÄGLICHE FASCHISMUS

Im Dezember '81 wurde aus dem kalten deutschen Herbst ein eisiger deutscher Winter in Sachen Ausländergesetze und Asylrechte. Gipfelpunkt einer stetig anwachsenden, gesetzlich fixierten Verschlechterung der Lage der Ausländer in Westdeutschland und in Westberlin, (die Ausländergesetze "an sich" sind bereits nur Regelungen über die "Nichtrechte" der Ausländer und ihre "Pflichten" gegenüber dem westdeutschen Staat), ist der Erlaß der Bundesregierung vom 1.12. 1981 über "Zuzugsbeschränkungen für Ausländer".

Nach dem Lummer Blitzerlaß vom November 1981 in Westberlin, dem andere Bundesländer auf dem Fuß folgten, kam es nun Anfang Dezember zu einem bundesweiten Erlaß. Kernpunkte dieses rassistischen Produkts sind folgende:

+ ausländische Kinder, die über 16 Jahre alt sind, dürfen nicht mehr zu ihren Eltern ziehen;
+ lebt nur ein Elternteil in der BRD oder Westberlin, dürfen überhaupt keine Kinder nachziehen;
+ Ausländer, die in einer Ausbildung sind, wie z. B. Studenten, dürfen überhaupt keine Familienangehörigen, auch ihre Ehepartner nicht nachkommen lassen;
+ Kinder von Ausländern, die in der BRD und Westberlin aufgewachsen sind, dürfen einen Ehepartner aus ihrem Heimatland nur dann hierher holen, wenn sie bereits mindestens 8 Jahre hier leben, wenigstens ein Jahr verheiratet und mindestens 18 Jahre alt sind.

Eine der fadenscheinigsten, zugleich aber auch zynischsten "Begründungen" lieferte die schleswigholsteinische Landesregierung: "Zur Vermeidung einer Ausländerfeindlichkeit muß der Famliennachzug auf die wirklich echten Fälle beschränkt werden" (2.1.281). Weder Kinder noch Ehepartner sind für diese Menschenverächter "echte Fälle"; darauf, daß gerade diejenigen, die den Rassismus systematisch schüren, für "die Vermeidung von Ausländerfeindlichkeit" auftreten, werden wir noch später eingehen.

Diese neuen Maßnahmen stehen in einer langen Reihe von Maßnahmen, die in den letzten Jahren immer wieder neu verschärft wurden.

+ Bereits 1980 wird der Zuzug von Familienangehörigen von Ausländern, nur noch für Angehörige 1. Grades gestattet. Alle Familienangehörigen, die nachkommen unterliegen einem Arbeitsverbot von 4 Jahren.

+ Es wird festgelegt, daß Kinder nur noch nachkommen dürfen, wenn sie unter 18 Jahren sind.

+ 1981 wurden Studienbeschränkungen für Studenten aus den Ländern Türkei, Iran und und Indonesien erlaßen. Um in Westdeutschland oder in Westberlin einen Studienplatz zu erhalten, müssen Studenten aus diesen Ländern eine Zulassung an eine Universität ihres Heimatlandes vorlegen.

+ Im Herbst 1980 wird auf einer Innenministerkonferenz beschlossen, daß Ausländer bei politischen Straftaten in der BRD, auch bei niedrigem Strafmaß, auszuweisen sind.

Unterstützt und getragen werden diese Verschärfungen der Ausländergesetze nicht nur von den bürgerlichen Parteien aller Couleurs, sondern genauso von den DGB-Bonzen. So war ein Vorreiter bei der Forderung der Herabsetzung des Alters der Kinder, die zu ihren Eltern nachziehen dürfen, DGB-Vorstandsmitglied Schwab, der bereits im April '81 forderte, daß das Alter auf 14 Jahre herabgesetzt werden solle.

Wozu dienen diese Maßnahmen und Erlaße, die alle ganz offensichtlich grundlegenste Rechte, wie das Recht auf Familienzusammengehörigkeit etc. eklatant verletzen, die den Ausländern in der BRD und in Westberlin Menschenrechte wie die Eheschließung (nichts anderes bedeutet das Verbot des Nachzugs von Ehepartner von Kindern, die hier in der BRD und Westberlin groß wurden, wenn sie nicht 8 Jahre hier gelebt haben.. etc.) einfach absprechen?

Eine weitere Begründung für diese Maßnahmen lieferte die Bundesregierung:

"Der Zuzug nicht integrationswilliger oder nicht integrationsfähiger Ausländer ist zu beschränken." Unter "nicht integrationsfähige Ausländer" werden z.B. Menschen aus der Türkei.

Bereits die Wortwahl zeigt welcher Geist da spricht. Die rassistisch, überheblich deutsch Chauvinistische Tradition der Hitlerfaschisten hat sich gut erhalten.

Gewünscht sind Ausländer, die den Mund halten, die sich anpassen, die die schwersten Arbeiten für wenig Geld verrichten. Die Streiks der 60 ger und 70 ger Jahre zeigten aber, daß es gerade die ausländischen Arbeiter waren, d die an vorderster Front der Streikbewegungen waren. Um eine solche Situation nicht nocheinmal entstehen zulassen, aber auch um sich sich die nötige Ruhe an der Heimatfront zu sichern für seine weitgesteckten Ziele der Sicherung und Erweiterung seiner Weltweiten Einflußnahme schafft sich der westdeutsche Imperialismus die nötigen gesetzlichen Mittel, um die Ausländer je nach Konjunktur ohne irgendwelche Probleme loszuwerden.

"Die Ruhe an der Heimat front" wird vorallem aber auch durch die Spaltung der ausländischen und deutschen Arbeiter und Werktätigen geschaffen. Eben diesem Ziel dient auch die Flut rassistischen und faschistischen Gedankenguts die die Maßnahmen der Verschärfung der Ausländerrechte begleitet. Damit soll ein Keil zwischen die deutschen und ausländischen Arbeiter und Werktätigen getrieben werden, sollen sie gegeneinander aufgehetzt werden. Nicht das kapitalistische und imperialistische System soll die Schuld an der Krise haben, sondern die "Ausländer". In dieser Richtung wird vor allem noch ein anderer Komplex der Ausländergesetze, die Asylgesetze diskutiert und verschärft.

FORTSETZUNG AUF S.2

INHALT:

FORTSETZUNG VON S.1

DER GANZ ALLTÄGLICHE FASCHISMUS

ES GIBT WIEDER LAGER....

Es gibt wieder Lager auf westdeutschem Boden. Es gibt wieder Lager, die mit Stacheldraht umzäumt, mit Beobachtungstürmen bestückt sind und von schwerbewaffneten Polizeieinheiten kontrolliert werden. Es gibt wieder Lager, in die Ausländer gepfercht werden. Noch sind es keine neuen KZ's, aber den Arbeitslagern Hitlerdeutschlands kommen sie schon recht nahe. Diese Lager, die es bereits in fast allen Bundesländern gibt, beherbergen Ausländer, die aufgrund rassistischer, politischer und religiöser Verfolgung in ihren Heimatländern in Westdeutschland und Westberlin einen Antrag auf politisches Asyl stellen. Sie kommen zum Großteil aus den Ländern, die durch die imperialistischen Rivalitäten zu permanenten Krisenherden wurden, so aus Eritrea, Äthiopien, Sri Lanka, Afghanistan und der Türkei. Sie fliehen vor politischer und rassistischer Verfolgung und Unterdrückung, sie fliehen einem Leben der völligen Verarmung, des Hungers und des Elends. An den Zuständen in diesen Ländern hat der westdeutsche Imperialismus kräftig mitgearbeitet. Er mästet sich an der Ausplünderung des Reichtums und an der Ausbeutung der arbeitenden Massen dieser Länder. Und kommen dann Menschen aus diesen Ländern hierher, werden sie erstmal in Lager transportiert, über ihre rechtliche Lage reichlich unzureichend informiert und so untergebracht, daß sie möglichst schnell resignieren und wieder in ihre Länder zurückkehren. Der baden-württembergische Innenminister erklärte kaltschnäuzig: "Die Unterbringung in Sammelunterkünften sollen ihre Bereitschaft zur Rückkehr fördern."

Die verschärfenden Maßnahmen bei der Asylgesetzgebung in den letzten Jahren waren folgende:

+ Im Sommer '80 werden verschiedene Städte, z.B. Frankfurt und Essen einfach gesperrt für Asylbewerber.

+ Für alle Asylbewerber wird ein Arbeitsverbot für ein Jahr verhängt. Anfang September '81 wird es auf 2 Jahre verlängert. Das bedingt zwangsläufig die Einrichtung von Asylantenlagern und ist auch daraufhin ausgerichtet.

+ Je nach Bundesland wird entweder der niedrigste Satz der Sozialhilfe gewährt oder aber es gibt nur Sachwerte und keinerlei Bargeld.

+ Das gesamte Asylverfahren wird "vereinfacht". Z.B. entscheidet nur noch ein Verwaltungsbeamter, im Gegensatz zu einem früheren 3 köpfigen Entscheidungsgremium, über ein Asylgesuch. In Hamburg läuft seit Anfang Januar '82 ein "Versuchsverfahren", in dem in 6 Wochen (bisher 1 - 2 Jahre) ein Asylantrag entschieden wird.

Die gravierenste Maßnahme allerdings ist die Einführung der Visumspflicht für bestimmte Länder, so für die Türkei, für Äthiopien, für Afghanistan etc.

Das bedeutet de facto, daß aus diesen Ländern kaum noch politisch Verfolgte in Westdeutschland politisches Asyl beantragen können, da sie nicht einreisen können. Die Fluggesellschaften nehmen nur Leute mit, die ein von der jeweils zuständigen deutschen Botschaft ausgestelltes Visum für die BRD aufweisen können. Es liegt wohl auf der Hand, wie schwierig es für einen politisch Verfolgten ist, in einer Botschaft, die z.B. wie die deutsche in der Türkei, von den dortigen Sicherheitskräften stark bewacht wird, ein Visum zu erhalten. Daß dieses unmöglich wird, ist erklärtes Ziel dieser Maßnahme, trotz aller damagogischen Ablenkungsmanöver wie dem Gerede von den "Scheinasylanten", "Wirtschaftsflüchtlingen" etc. Die Bundesregierung erklärte in der Debatte über das Vismusgesetz klipp und klar: "Der Visumszwang ist eine schmerzhafte Maßnahme gegenüber denjenigen, denen der Weg in die BRD dadurch erschwert oder <u>ganz unmöglich gemacht wird, obwohl sie politisch verfolgt sind</u>."

> **MERKBLATT**
> **für Asylbewerber in Baden-Württemberg**
>
> In Baden-Württemberg sind neue Regelungen für Asylbewerber eingeführt worden. Mit diesen Regelungen soll einer Aushöhlung des Asylrechts durch mißbräuchliche Asylanträge vorgebeugt und dem wirklich politisch Verfolgten die Gewähr gegeben werden, daß sein Fall so schnell wie möglich mit der Anerkennung als Asylberechtigter abgeschlossen werden kann.
> In den zuständigen Behörden wird in Zukunft wie folgt verfahren:
> Alle Asylbewerber, die sich in Baden-Württemberg melden, werden ab sofort über die Zentrale Anlaufstelle in Karlsruhe geleitet und *in Sammelunterkünften untergebracht*. In diesen Unterkünften müssen sie sich bis zum Abschluß des Verfahrens aufhalten. Damit wird eine wesentliche Beschleunigung des Asylverfahrens ermöglicht. Bei echter politischer Verfolgung wird somit innerhalb kurzer Zeit die Asylberechtigung zuerkannt werden können.
> Von den zuständigen Behörden wird den Asylbewerbern die Arbeitsaufnahme untersagt. Da bei echter politischer Verfogung die Verfahren wesentlich abgekürzt werden können, wird in Baden-Württemberg in Zukunft die Arbeitsaufnahme für die *gesamte Dauer des Asylverfahrens* untersagt.
> Die Asylbewerber erhalten in den Sammelunterkünften Gemeinschaftsverpflegung. Auch der sonstige Lebensbedarf wird so weit wie möglich durch Sachleistungen gedeckt. Geldzahlungen zur Bestreitung des Unterhalts werden nicht mehr gewährt.
> Der Unterhalt und die Unterbringung von Asylbewerbern stellen eine erhebliche Belastung für das Land Baden-Württemberg und die baden-württembergischen Städte und Gemeinden dar. Es wird daher erwartet, daß die Asylbewerber den Anordnungen der zuständigen Behörden nachkommen. Wenn Anordnungen der Behörden nicht befolgt werden, bringt der Asylbewerber sich selbst in Schwierigkeiten und zeigt damit, daß eine echte politische Verfolgung offensichtlich nicht vorliegt, sondern daß er mit seinem Antrag asylfremde Zwecke verfolgt. In diesen Fällen wird die Abschiebung in das Herkunftsland angeordnet werden.

DAS ASYLRECHT WIRD GEMÄß DEN POLITISCHEN INTERESSEN DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN GEWÄHRT ODER VERSAGT !

1. Es existiert keine politische Verfolgung: Beispiel Türkei

In höchster Instanz wurde von deutschen Gerichten entschieden, "insbesondere nach der Obernahme der Macht durch die Militärs, existiert in der Türkei keine politische, rassistische und religiöse Verfolgung." Obgleich seit einigen Jahren bis zu 50% der gestellten Asylanträge von Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit sind, wurden z.B. 1979 ganze 130 politische Flüchtlinge aus der Türkei anerkannt. (1979 wurden insgesamt an die 10.000 Asylanträge anerkannt) Gegen alle Anerkennungen der politischen Flüchtlinge aus der Türkei 1979 hat die Bundesregierung geklagt und will die Anerkennungen rückgängig machen.

2. Der Antikommunismus und die Mär von den Wirtschaftsflüchtlingen

1966 stellte der SPD-Abgeordnete Wehner fest: "In den kommunistischen Ländern ist die Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik so eng, daß man einem Flüchtling nicht die Beweislast auferlegen kann, ob er aus Gründen der politischen, religiösen oder rassistischen Verfolgung geflüchtet ist!" (Debatte über Ausweisungspraxis von Asylbewerbern) im Bundestag). Dementsprechend werden ausnahmslos alle Flüchtlinge aus den Staaten des Wahrschauer-Paktes als politische Flüchtlinge anerkannt und erhalten Asyl. Ideologisch werden diese Flüchtlinge benutzt, um die "Oberlegenheit des Westens" zu demonstrieren, der "Freiheit und Wohlstand für jeden" biete. Das war



Im Asylantenwohnheim in Horb fand im Herbst 1981 ein Hungerstreik von Asylbewohnern statt.



auch das Grundmotiv für die Aufnahme zehntausender von Vietnamflüchtlingen. Nach jahrelangen Protesten der antiimperialistischen Kräfte gegen den Vietnamkrieg des US-Imperialismus und seine Unterstützung durch die BRD, war es ein gefundenes Fressen für die bürgerlichen Ideologen die Fluchtbewegung aus Vietnam auszuschlachten. Es wurde aufgetrumpft, "das also ist der Kommunismus in Vietnam; tausende ertrinken im Meer" und sich gebrüstet "seht her wir nehmen diese armen Menschen auf". Die Vietnamflüchtlinge wurden nicht den normalen Asylbedingungen unterworfen. Sie waren Kontingentflüchtlinge, d.h. es gab keinerlei individuelle Prüfungen auf Recht auf Asyl oder nicht.

> AKTE AUF AKTE,
> PARAGRAPH AUF PARAGRAPH,
> DIE VERANTWORTUNG IST IN
> UNENDLICH WINZIGE TEILE VERTEILT,
> ZUM SCHLUß IST ES KEINER GEWESEN.
> K.Tucholsky

Und nicht nur das. Untergebracht wurden die Vietnamflüchtlinge in vorzeige Asyllagern, jedes höchstens mit 80 Menschen belegt, mit Sozialhelfern und Psychologen ausgestattet, Deutschkurse waren eingerichtet worden. Damit sollte einmal mehr die"Großzügigkeit" der BRD, eines"freien Landes der freien Welt" demonstriert werden. Die bayrische Staatsregierung verweigerte 1979 politischen Flüchtlingen aus Argentinien das Asyl mit der Begründung, es gäbe keinen Platz. Eine Woche später konnte sie allerdings zusagen, 2000 Flüchtlinge aus Laos, Kambodscha und Viet Vietnam aufzunehmen.

Bei Flüchtlingen aus den Ländern, die nicht in diesem Sinne ideologisch und politisch für den westdeutschen Imperialismus verwertbar sind, sieht das alles ganz anders aus. Sie sind politisch unerwünscht. Sie machen allein durch ihre Existenz auf Zustände in "befreundeten Ländern", d.h. vom westdeutschen Imperialismus ausgebeuteten Ländern, aufmerksam, so z.B. Flüchtlinge aus Chile oder der Türkei.
Ideologisch benutzten die bürgerlichen Medien, die Propagandaorgane der Herrschenden diese Flüchtlinge zur rassistischen Hetze.
So wird angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise Stimmung gegen die Asylanten gemacht. Das geht von "die klauen uns die Sozialhilfe" bis "die wollen nicht arbeiten". Bewußt wird mit der Unkenntnis vieler Menschen gearbeitet. Daß Asylanten einem Arbeitsverbot unterliegen, daß vor dieser Maßnahme bis zu 80% aller Asylbewerber für ihren Unterhalt allein aufkamen wird verschwiegen. Ständig werden die Zahlen der Asylantragsteller angeführt, (wobei diese im Vergleich zu anderen Ländern sehr niedrig sind), aber fast nie wird gesagt, wieviele anerkannt werden. Dabei ist das eben ein lächerlich geringer Prozentsatz. So wurden 1980 lediglich 16% der gestellten Anträge anerkannt. Das waren 12 448 von insgesamt 107 818 gestellten Anträgen.
Wichtigstes rassistisch-chauvinistisches Argument ist das von den "Wirtschaftsasylanten". Wie bereits erwähnt, wird diese Unterscheidung von politischen Asylanten bei Flüchtlingen aus Staaten des Warschauer-Paktes vom westdeutschen Staat abgelehnt. Da paßt es nicht ins Konzept. Bei den Flüchtlingen aber aus den Unterdrückten Ländern, wie aus vielen afrikanischen Staaten, aus Staaten des Nahen Ostens und Asien, die auch vom westdeutschen Imperialismus selbst ausgeplündert werden, wird das zum Hauptargument.



Der Eingang zum Asyllager Zirndorf: Ein Eingang wie zu einem Gefängnis !

KAMPF GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG DER ASYLGESETZE - KAMPF ZUR VERTEIDIGUNG DES GRUNDGESETZES ?

Von vielen politischen Gruppierung gen wird der Kampf gegen die Verschärfungen der Ausländer- und Asylgesetze verbunden mit einer Verteidigung des Grundgesetzes. Insbesondere in der Frage der Asylgesetze wird drauf verwiesen, daß das im Grundgesetz garantierte Asylrecht demokratisch und fortschrittlich sei und wird gefordert, daß sich die BRD-Regierung daran halten solle.

Wir sind in der Tat auch der Auffassung, daß die Antiimperialisten, Antifaschisten und Demokraten unbedingt die Verschärfung der Asylgesetze, sowie der Ausländer gesetze bekämpfen müssen. Nur, dagegen das Grundgesetz zu verteidigen erscheint uns als die Methode den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Beim Asylrecht kann man das gut verdeutlichen. Von Anfang an war der Paragraph des Grundgesetzes zum Asylrecht "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" verbunden mit Regelungen der Ausländergesetze, sowie Erlaßen, die klar und eindeutig den Rahmen dieses Gesetzes abstecken. Ein Rahmen, der bereits skiziert wurde, der eben auf politischer Selektion der Asylanten, Beispiel:alle Asylanten aus den Staaten des Warschauer-Paktes werden aufgenommen, sie dürfen nicht ausgeliefert werden, Beispiel: für die BRD gibt es keine politische Verfolgung in der Türkei, beruht.
Die Formulierung des Asylparagraphen des Grundgesetzes wird als ein historisches Lernen aus den Erfahrungen des Faschismus gepriesen. Dabei können Menschen, die einer vergleichbaren rassistischen Verfolgung wie die der jüdischen Bevölkerung im Hitlerdeutschland, unterliegen nicht einmal dieses Gesetz für sich geltend machen.



AUSZUG AUS EINER ABLEHNUNG DES BUNDESAMTES FÜR DIE ANERKENNUNG AUSLÄNDISCHER FLÜCHTLINGE Herbst 1980 :

Die Bedrohungen, denen der Antragsteller in seiner Heimat ausgesetzt sein will, sind nicht auf gegen den Antragsteller persönlich gerichtete Maßnahmen der in der Türkei ausgeübten staatlichen Gewalt zurückzuführen. In der vom Antragsteller behaupteten Bedrohung seiner Person könnte daher nur dann ein Verfolgungstatbestand im Sinne der Genfer Konvention gesehen werden, wenn der türkische Staat solche Übergriffe wissentlich dulden würde oder generell nicht in der Lage wäre, diese zu unterbinden.

Es ist jedoch bekannt, daß in der Türkei gerade nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch den "Nationalen Sicherheitsrat" (MCH) außerordentliche Anstregungen unternommen werden, um solche Übergriffe zu verhindern und die Ruhe im Lande wiederherzustellen. Erklärtes Ziel der neuen türkischen Regierung unter Ministerpräsident Bülent Ulüsü ist es, den politisch und religiös motivierten Terrorismus wirksamer als in der Vergangenheit zu bekämpfen, ohne die demokratischen Rechte des türkischen Volkes dabei außer acht zu lassen.

Für die Ernsthaftigkeit seines Bemühens spricht neben der Verhängung und Ausdehnung des Kriegsrechtes auf die gesamte Türkei auch das energische Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte gegen Gewalttäter und Fanatiker, gleich welcher politischen oder religiösen Überzeugung.



Denn nur der überprüfbare Einzelfall wird als eine Bedingung für die Gewährung des Asyls zugelassen.

Und darüber hinaus kann man eben diesen Paragraphen nicht herauslösen aus den Zusammenhängen, sowohl des Grundgesetzes insgesamt wie den ergänzenden Bestimmungen des Asylparagraphens.

Wir meinen, daß wesentlich im Kampf gegen die Verschärfung der Ausländer- und Asylgesetze, gegen die damit verbundene chauvinistische und rassistische Hetze gegen Menschen anderer Staaten und Nationen,

DER GANZ ALLTÄGLICHE FASCHISMUS

eine systematische Aufklärungsarbeit unter den werktätigen Massen in Westdeutschland und Westberlin ist. Nur wenn der Kollege im Betrieb erkennt, daß nicht der ausländische Arbeitskollege "Schuld" an der Krise, an der Arbeitslosigkeit ist, daß der ausländische Kollege noch mehr geschunden und ausgepresst als er selber wird, nur wenn er sich nicht gegen ihn aufhetzen läßt, sondern sich mit ihm zusammenschließt und gemeinsam gegen die Verschlechterung der Lage kämpft, wird dem Chauvinismus der Boden entzogen, wird der Kampf gegen die Verschärfung der Ausländer- und Asylgesetze aufgegriffen als ein Kampf gegen die weitere Faschisierung des westdeutschen Staatsapparates. Und noch eins ist wichtig: Der "Haß auf die Ausländer" der geschürt wird soll auch dazu dienen, ideologisch das deutsche Volk darauf vorzubereiten wieder gegen andere Völker in den Krieg zu ziehen.

Im Kampf gegen die Verschärfung der Asyl- und Ausländergesetze, aber auch im Kampf gegen die Ausländergesetze insgesamt, müssen all die angesprochenen Aspekte und Zusammenhänge aufgedeckt werden und darf man sich nicht nur auf einen Aspekt beschränken.

U.Linke

Asylanten, Drogen und Devisen

FAZ 30.5.81

Von Dr. Wolfgang Philipp

6. Es ist nachgerade pflichtwidrig, daß die Verantwortlichen in Bund und Ländern auf diese notorischen Tatsachen nicht härter reagieren. Insbesondere weigern sie sich, den klaren Zusammenhang zwischen dem Asylrecht einerseits und dem Rauschgiftimport andererseits zu sehen. Da Heroinschmuggel wegen des Risikos an den Grenzen meist in kleinen und kleinsten Mengen abläuft, braucht man für 30 000 Kilogramm mindestens 30 000 bis 50 000 Schmuggler (Ameisen) pro Jahr. Dazu kommen ebenso zahlreiche Hintermänner und Mitwisser im Inland sowie die Importeure und Händler anderer Rauschgiftarten. Es handelt sich mithin nicht, wie noch im Bundestag beschönigend behauptet wurde, um die Delikte einer kleinen Minderheit, sondern um eine speziell unter Asylanten und türkischen Gastarbeitern auftretende Massenkriminalität schwerster Art, deren gezielter Bekämpfung die deutsche Polizei in keiner Weise gewachsen ist.

Unter diesen Umständen eine Rechtslage zu kultivieren, welche soeben das Bundesverfassungsgericht gezwungen hat, die Abschiebungspraxis gegen Scheinasylanten weiter einzuschränken, ist unvertretbar. Vielmehr muß das Asyl- und Ausländerrecht als eine wesentliche Mitursache der Rauschgiftkatastrophe aufgedeckt werden. Es ist unerläßlich — wie von vielen Fachleuten, darunter dem Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, gefordert —, das Grundrecht auf Asyl durch Gesetzesvorbehalt einzuschränken. Der Rechtsstaat wird offensichtlich in gefährlicher Weise überzogen, wenn hier zehntausende von Einzelfällen gerichtlicher Entscheidung überantwortet werden, obwohl nach den Erkenntnissen der Bundesregierung beispielsweise in dem verbündeten Natostaat Türkei keine politische Verfolgung im Sinne des Grundgesetzes stattfindet und feststeht, daß die Gerichte nach drei bis sieben Jahren Aufenthalt auch in diesem Sinne entscheiden werden.

Die der Volkswirtschaft dadurch entstehenden Schäden (Gerichtskosten, Wohnungsprobleme, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, Devisenabfluß, Schäden aus dem Rauschgifthandel) sind immens, von den psychologischen Wirkungen auf die deutsche Bevölkerung ganz zu schweigen.

„Türken und Araber dürfen sich nicht länger als 20 Minuten im Restaurant aufhalten." Hinweisschild in einem Wattenscheider „Hamburger"-Restaurant.

„Es ist also ein Gebot des Grundgesetzes, den gefährlichen Tendenzen einer Verschmelzung extrem fremder Minderheiten entgegenzuwirken, die das Profil der deutschen Nation nachhaltig verändern, und zu verhindern, daß beide deutschen Staaten schon deswegen nicht mehr zueinander finden, weil sich die Bundesrepublik in eine andere Nation verwandelt. Bei niedriger eigener Geburtenzahl und hoher Fruchtbarkeit vieler Gastarbeiter zeichnet sich neben der politischen die ethnische Spaltung Deutschlands ab."

Jürgen Schilling, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes in der Wochenzeitung „Die Zeit".

İdamlıkların iadesi sorununa çözüm getiriliyor

ALMANYA TERÖRISTLERI TÜRKIYE'YE IADE EDIYOR

"DEUTSCHLAND GIBT DIE TERRORISTEN AN DIE TÜRKEI ZURÜCK !"

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS LIEFERT JETZT AUCH GANZ OFFIZIELL REVOLUTIONÄRE AN DIE TÜRKEI AUS !

Am 7. Dezember berichteten stolz alle türkischen Tageszeitungen in großen Lettern auf der ersten Seite: "Deutschland wird die Terroristen an die Türkei ausliefern!" Aus sämtlichen Kommentaren sprach die Zufriedenheit, daß man es nun endlich geschafft habe den westdeutschen Staat zur Auslieferung von "Terroristen" zu bewegen. (Als hätten die westdeutschen Imperialisten dies nicht auch schon vorher gemacht, nur eben nicht so offen sondern heimlich, möglichst ohne daß die Öffentlichkeit die Nase dran bekam - siehe z.B. die Ausweisung von Levent Begen). Nun hat aber der westdeutsche Staat dies auch ganz offiziell akzeptiert. Wir zitieren einen Artikel aus der Zeitung Milliyet:

> "Auf den Versammlungen der Verantwortlichen des Justiz-Ministeriums und der deutschen Instanzen zur Situation der türkischen Terroristen, wurde von der deutschen Seite die Auslieferung türkischer Terroristen, für die nicht die Todesstrafe gefordert wird, akzeptiert. Auf dem Treffen wurden folgende Themen behandelt und beschlossen:
>
> - Die Terroristen, die nach Deutschland flohen, für die die türkische Staatsanwaltschaft die Todesstrafe fordert. In diesem Punkt will Deutschland als Voraussetzung für deren Auslieferung an die Türkei die Garantie, daß diese Personen nicht hingerichtet werden.
> - Diejenigen, die nach Deutschland flohen, für die die Todesstrafe nicht gefordert wird. Diese Terroristen wird Deutschland an die Türkei ausliefern. Es sind an die 20 Personen.
> - Die Straftäter, die während ihrer Haftstrafe aus dem Gefängnis nach Deutschland flohen. Auch diese Personen wird Deutschland an die Türkei ausliefern.
> - Die Türken, die in Deutschland Straftaten begingen, und in die Türkei flohen. Auf dem Treffen wurde beschlossen, daß diese in der Türkei vor Gericht gestellt werden sollen. Außerdem wurde den deutschen Instanzen mitgeteilt, daß man keine Garantie darüber abgeben könne, ob die obengenannten Personen hingerichtet würden; es seien türkische Staatsbürger, und diese würden nach eigenen Justizregeln abgeurteilt werden." (Milliyet v. 7.12.81)

Daß die Junta unter "Terroristen" Revolutionäre, Demokraten und Kommunisten versteht ist ganz klar. Selbst wenn auf der Liste der Auszuliefernden einige türkische Faschisten, wie z.B. der Vorsitzende der Türk-Föderation stehen, so ändert dies nichts. Denn ideologisch besteht zwischen diesen und der Junta kein Unterschied. Es handelt sich bei diesen Faschisten auch nur um solche Personen, denen mehrfache Morde nachgewiesen sind. Und da ist die Junta ja nun gezwungen, auch deren Auslieferung zu fordern. Den einzigen Einwand, den die westdeutschen Imperialisten machen ist der, daß sie keine Personen ausliefern, für die die Todesstrafe gefordert wird. Was für ein Hohn!

Der westdeutsche Staat meint also: ihr dürft sie nur nicht offiziell erhängen, was ihr sonst mit denen macht, ob ihr sie in euren Kerkern foltert, zu Krüppeln macht, jahrzehntelang hinter Gitter sperrt, oder aber einen Selbstmord vortäuscht, das ist uns egal, Hauptsache, wir können unsere Hände in Unschuld waschen!

Aber selbst auf die Frage, was mit den "Terroristen", für die die türkische Staatsanwaltschaft die Todesstrafe fordert, denn nun geschehen soll, konnte eine beide Seiten zufriedenstellende, sehr "demokratische" Lösung gefunden werden. In dem Artikel in Milliyet wird die Möglichkeit angeschnitten, daß man dem deutschen Staat zwar nicht eine Garantie geben könne, diese "Terroristen" nicht hinzurichten, da dies dem türkischen Grundgesetz zuwiderliefe, aber es könne beschlossen werden,

> "...die Gerichtsakten der Terroristen, für die die Todesstrafe gefordert wird, und die Deutschland deswegen nicht ausliefern kann, nach Deutschland zu schicken und diese Terroristen dann in Deutschland vor Gericht zu stellen."

Na, dann werden die westdeutschen Gerichte ja ihre langjährigen Erfahrungen, die sie bei der Aburteilung von RAF-Anhängern zu hohen Gefängnisstrafen auf Grund von zumeist dubiosen Beweisen gemacht haben, gut gebrauchen können. Denn nach welchen Kriterien werden sie einen Angeklagten für schuldig oder nichtschuldig befinden? Wie werden sie eine Tat, deren Hergang sie ja gar nicht nachprüfen können, da sie nicht innerhalb ihrer Grenzen begangen wurde - wenn nicht anhand äußerst fragwürdiger Indizien, welche sie aus der Hand der faschistischen Junta erhielten - nachweisen können?

Durch dieses ganze Abkommen wird vor allem das Asylrecht total unterhöhlt. Denn die politischen Asylanten sind es doch, welche von der faschistischen Junta in der Türkei als "Terroristen" bezeichnet werden, und die Westdeutschland nun ausliefern will. Schauen wir in unsere eigene Vergangenheit zurück können wir sehr gut sehen, was das heißt. Nach den Gesetzen des Hitlerfaschismus war natürlich auch jeder Andersdenkende ein "bolschewistischer Untermensch" (heute Terrorist). Wenn nun damals Hitlerdeutschland ein Abkommen zur Auslieferung von politischen Flüchtlingen mit anderen Staaten getroffen hätte, so hätten diese demnach keinem einzigen der Flüchtlinge politisches Asyl geben dürfen, sondern alle Asylanten an das faschistische Deutschland ausliefern müssen (einige Staaten, wie die Schweiz, haben auch tatsächlich so gehandelt).

Genau das ist es, worauf dieses Abkommen hinausläuft. Auslieferung von allen, die von der Junta als "Terroristen" bezeichnet werden, oder aber ihre Aburteilung vor deutschen Gerichten. In diesem Zusammenhang sieht man noch einmal ganz deutlich, was für eine Farce es war, daß sich die Vertreter der herrschenden Klassen, Parlamentarier wie Schuhardt, Corretier u.a. lauttönend gegen die Junta wandten und sie als undemokratisch bezeichneten. In aller Stille, höchstens in Kurzmeldungen der bürgerlichen Presse erwähnt, haben sich die Junta und der westdeutsche Staat auf eine "geregelte" Arbeitsteilung bei der Verfolgung der Revolutionäre und Demokraten etc. geeinigt. Auch dies ist ein Beweis mehr für die wahren Beziehungen zwischen dem imperialistischen Staat hier, und dem faschistischen in der Türkei!

Und die westdeutschen Behörden beginnen schon mit ihren offiziellen Auslieferungen. So hat das Innenministerium vor einigen Wochen beschlossen Hasan Öğütcü, einen der Angeklagten im "Hechinger Terroristenprozeß" auszuweisen. (über diesen Prozeß berichteten wir in TIK Nr.6) Wir protestieren gegen diese Maßnahme der westdeutschen Imperialisten und fordern, daß alle demokratischen und revolutionären Gruppen und Menschen alles in ihren Kräften stehende unternehmen, um die Auslieferung von Demokraten und Revolutionären an die faschistische Junta zu verhindern!

AKTIONEN GEGEN VERSCHÄRFUNG der AUSLÄNDERGESETZE

Vom Arbeitskreis Türkei/Ausländerfragen Bremen erhielten wir Material über deren Aktionen gegen die Verschärfung der Ausländergesetze. Wir drucken im folgenden einen Auszug aus ihrem Flugblatt ab. Einen Bericht über eine im Dezember gelaufene Demo in Bremen, von der auch nebenstehendes Foto ist, bringen wir das nächste Mal.



Auch der Bremer Senat folgt den Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission und beschließt am 14. Dezember "im Interesse der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens" ebenfalls einen Zuzugsstopp für Ausländer. Die bereits bestehende Ausländerfeindlichkeit wird durch die Maßnahmen des Bremer Senats geschürt und weiter verstärkt.

Für das "deutsche Wirtschaftswunder" benötigte die deutsche Industrie, verstärkt nach dem Mauerbau in Berlin 1961/62 neue Arbeitskräfte. Die Anforderungen der Industrie wurden über Anwerbebüros der Bundesanstalt für Arbeit in südeuropäischen Ländern weitergeleitet, um die künftigen "Gastarbeiter" zu rekrutieren. Eines war Voraussetzung: sie sollten jung, kräftig und gesund sein, und dies ließ die deutsche Industrie aufs peinlichste genau prüfen.

Der westdeutsche Kapitalismus befindet sich in der schwersten "Nachkriegskrise" seit Bestehen der BRD. Um diese Krise auf dem Rücken der Bevölkerung austragen zu können, spalten Regierung und Medien in Jung und Alt, Deutsche und Ausländer - immer nach dem Motto: TEILE UND HERRSCHE! So hetzt man gegen die Asylanten, die aus der Türkei kommen und verunglimpft sie als "Wirtschaftsflüchtlinge", während gleichzeitig die faschistische Junta in der Türkei offen mit Geld und Waffen unterstützt wird. Die bereits reaktionären Ausländergesetze werden durch die neuen Ausländererlasse weiter verschärft. Wie die Juden am Ende der Weimarer Republik, sollen heute die Ausländer an allem Schuld sein. Die Parole der Faschisten in der BRD: "Ausländer-Stopp, Ausländer-Raus" wird so faktisch zur realen Politik im Land. Die wachsende, bisweilen schon direkt militante Ausländerfeindlichkeit auf der einen Seite und die zunehmende Zwangsintegration auf der anderen Seite bestimmen das politisch-ideologische Klima.

Durch die sogenannten Sparprogramme von Bund und Ländern werden die bereits miserablen Lebensbedingungen der ausländischen Familien weiter verschlechtert. Die in der Industrieproduktion "verwertbaren Ausländer" dürfen hier bleiben, die "unbrauchbaren Ausländer" sollen abgeschoben werden. Jugendliche Ausländer, die länger als acht Jahre hier leben, können Einbürgerung beantragen, müssen aber in der Bundeswehr Kriegsdienst leisten. Das seit Jahren vernachlässigte sogenannte "Ausländerproblem" soll jetzt mit dem Holzhammer gelöst werden, nach dem Motto: "Weniger Ausländer, weniger Probleme".

Wir meinen, ein dauerhaftes und friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ist nur möglich auf Grundlage der Gleichberechtigung von Ausländern und Deutschen.

- Sofortige Rücknahme der Ausländererlasse!
- Weg mit den Ausländergesetzen!
- Gleiche Rechte für Deutsche und Ausländer!

Arbeitskreis Türkei/Ausländerfragen trifft sich wöchentlich: Donnerstag, im BBA-Laden St. Paulistr. 10/11, um 19.00 Uhr

---

In Aachen organisierte der ASTA folgende, in der TAZ beschriebene Aktion. Das Erschreckende dabei ist, daß die deutschen Studenten ohne Protest, die "gespielten" faschistischen Maßnahmen über sich ergehen ließen!

(Eine Aktion gegen die Gleichgültigkeit)

" 'Deutsche bitte diesen Eingang benutzen! Machen Sie bitte keine Schwierigkeiten!' Die Anweisung der Ordner sind freundlich, aber bestimmt und kaum einer der Studenten, die an diesem Mittwoch in die Mensa gehen, widersetzen sich ihren Anordnungen. Erstmalig sind heute die Eingänge der 'Mensa Akademica' an der Rheinisch-Westfälischen Hochschule in Aachen für deutsche und ausländische Studenten getrennt worden.

Zwischen beiden Türen, über denen die Schilder 'Ausländer' und 'Deutsche' hängen, Spanische Reiter. Aus einem Lautsprecherwagen wird in kurzen Abständen immer wieder eine Erklärung des Wissenschaftsministers des Lands Nordrhein-Westfalen verlesen: '...heute finden an den Hochschulen des Landes erstmals die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Kontrollen des Akademischen Ausländer-Überwachungsamtes (AAÜA) zur Überprüfung von Nationalität und Hochschulzulassungsberechtigung ausländischer Studenten statt ...'

Die Ordner des AAÜA tragen Namensschilder an den Revers, alle mit Stempel und Unterschrift der Behörde versehen. Am Eingang der Ausländer kommt es zu vereinzelten Ausweiskontrollen aber im Großen und Ganzen werden die Anordnungen der Beamten widerspruchslos befolgt. Ein deutscher Student ist, ohne es zu merken, in die Schlange der Ausländer gelandet, steht plötzlich unter dem Schild 'Ausländer', überlegt kurz und geht zurück, stellt sich neu da an, wo er hingehört: 'Deutsche'.'Die deutschen Studenten werden um Verständnis für die im Zuge der strikten Durchführung der beschlossenen Maßnahmen notwendigen Kontrollen gebeten', tönt es aus den Lautsprechern. Er hat Verständnis, wie die meisten seiner Komilitonen. 'Um bedauerlichen Mißverständnissen vorzubeugen', so die Mitteilung des Wissenschaftsministers weiter, 'sollten Sie daher ständig ihren Studentenausweis mit einem amtlichen Lichtbild mitführen, um gegebenenfalls ihre deutsche Nationalität nachweisen zu können." (aus TAZ v. 2.12.81)

DIESES FLUGBLATT VON WESTBERLINER KOMMUNIST UND BOLSEVIK PARTIZAN WURDE ANLÄßLICH DER DEMONSTRATION IN WESTBERLIN GEGEN DEN LUMMER-ERLAß VERTEILT

KAMPF DEM RASSISTISCHEN AUSLÄNDERERLASS DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

Der westdeutsche Imperialismus hat über seinen Westberliner Senat einen erneuten Höhepunkt an Ausländer- und Menschenfeindlichkeit präsentiert: den neuen Ausländererlaß.

Allen ausländischen Jugendlichen über 18 Jahren soll verboten werden, hier zu leben, wenn sie bei Vollendung des 18. Lebensjahres noch keine 5 Jahre hier waren u n d wenn sie kein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis vorweisen können. Die "Zuheirat" soll erst nach 2 Jahren Aufenthalt bzw. für Studenten gar nicht mehr erlaubt sein. Gleichzeitig mit dem neuen Erlaß präsentiert der Westberliner Senat einige Vorschläge zur Änderung des reaktionären Ausländergesetzes, die darauf hinauslaufen, fortschrittliche und revolutionäre Ausländer mundtot zu machen. Gegen Ausländer, die 'Gewalt' angewandt haben, soll faktisch ein neues 'Standrecht' praktiziert werden: ohne Prozeß und ohne Verurteilung sollen sie ausgewiesen werden.
Der neue Ausländererlaß hat den CHARAKTER EINES RASSISTISCHEN SONDERGESETZES, mit dem sich der westdeutsche Imperialismus wieder einmal ganz in der Tradition des Hitlerfaschismus zeigt, der alle "Nicht-Arier" erst als "Untermenschen" titulierte, um sie dann in den KZs bestialisch zu ermorden.

WAS BEZWECKT DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS MIT SEINEN NEUEN MASSNAHMEN GEGEN AUSLÄNDER ?

+ Die verstärkten Angriffe auf die Rechte der Ausländer sollen von den Auswirkungen der Krise ablenken, um die deutschen gegen die ausländischen Arbeiter zu hetzen. Den deutschen Arbeitern soll weisgemacht werden, die Ausländer seien die "Wurzeln allen Übels", die die Arbeitsplätze wegnehmen, die Sozialleistungen absahnen usw., weshalb sie wieder in ihre Länder zurückgehen sollen.

Unumstößliche Tatsache ist jedoch:

- Allein das imperialistische System ist verantwortlich für die Krise.
- Es ist dafür verantwortlich, daß die ausländischen Arbeiter ihre Heimat verlassen mußten - insbesondere auch aufgrund der Ausplünderung dieser Länder durch den westdeutschen Imperialismus. Der "Reichtum" und "höhere Lebensstandard" in Westdeutschland und Westberlin ist zu weiten Teilen gerade aus diesen Ländern zusammengeraubt.

+ Die chauvinistische und rassistische Hetze gegen andere Völker soll angesichts der wachsenden Kriegsgefahr und der Kriegsvorbereitungen des westdeutschen Imperialismus die deutschen Werktätigen schon heute ideologisch darauf vorbereiten, bald wieder gegen andere Völker für die Interessen der westdeutschen Bourgeoisie in den Krieg zu ziehen.

+ Durch die neuen Gesetzesvorlagen zur Verschärfung des Ausländergesetzes sollen auch 'inoffiziell' und 'indirekt' reaktionäre und faschistische Regimes unterstützt werden: über den 'offiziellen' Weg der Ausweisung von Revolutionären sollen diesen Regimes deren antifaschistische Gegener zugeliefert werden, um sie dann in den Folterkellern verschwinden zu lassen.

+ Diese reaktionären Maßnahmen sollen darüber hinaus den türkischen und anderen Faschisten helfen, ihre Basis im Volk als angebliche Verteidiger der Rechte des Volkes zu erweitern. So ist es kein Zufall, daß sich sowohl die faschistische Junta in der Türkei als auch die faschistischen türkischen Organisationen in Westberlin empört über den Ausländererlaß äußern, um so einmal mehr unter den Werktätigen aus der Türkei die nationalistische Propaganda zu entfalten, daß alle Deutschen "Feinde der Türkei" seien. Der Haß auf alle "Nicht-Türken" soll geschürt werden, um die Arbeiter aus der Türkei davon abzuhalten, gemeinsam mit deutschen Antifaschisten und Antifaschisten aus anderen Ländern gegen Imperialismus und Faschismus zu kämpfen.

KAMPF DEM CHAUVINISMUS UND NATIONALISMUS !
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !

Gegen jegliche chauvinistische Verhetzung der deutschen Werktätigen und gleichzeitig gegen jegliche nationalistische Verhetzung der ausländischen Werktätigen müssen wir einen hartnäckigen und unnachgiebigen Kampf führen:

Der westdeutsche Imperialismus ist der gemeinsame Feind der deutschen und der hier lebenden ausländischen Arbeiter. Er führt einen unnachgiebigen Kampf für seine Klasseninteressen gegen alle Arbeiter sowohl im eigenen Land als auch in den von ihm unterdrückten Ländern. Dagegen muß die Kampffront der internationalen Arbeiterklasse hergestellt werden.

Der westdeutsche Imperialismus und die anderen Imperialisten haben längst die nationalen Grenzen gesprengt. Imperialistischer Kapitalexport, Produktionsstättenverlagerung in "Billigländer" etc. etc. haben längst die nationalen Barrieren hinter sich gelassen. Der Imperialismus ist ein weltumspannendes Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem.

Dieses weltweite System des Imperialismus kann nur zerschlagen und vernichtet werden, wenn sich die Arbeiter und Völker aller Länder gegenseitig in ihren Kämpfen unterstützen. Der Weg des Kampfes zum Sturz des Imperialismus ist die Durchführung der proletarischen Revolution in den imperialistischen Ländern und der antiimperialistischen antifeudalen Revolution in den vom Imperialismus abhängigen Ländern.

Ohne einen hartnäckigen Kampf gegen die Verseuchung der deutschen Arbeiter und Werktätigen durch das Opium des deutschen Chauvinismus ist an die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution in Westdeutschland und in Westberlin nicht zu denken.

Ohne den unnachgiebigen Kampf gegen den Nationalismus ist es für das Proletariat der vom Imperialismus abhängigen Länder unmöglich, die Volksmassen dieser Länder zum Sieg in der antiimperialistischen antifeudalen Revolution zu führen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH !

In den konkreten Tageskämpfen gegen den westdeutschen Imperialismus und auch heute gegen dessen westberliner Ausländererlaß heißt das, die Einheit der deutschen und der ausländischen Arbeiter herzustellen unter der Losung:

AUSLÄNDISCHE UND DEUTSCHE ARBEITER - EINE KAMPFFRONT !

NIEDER MIT DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !

NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN MILITÄRJUNTA IN DER TÜRKEI !

Bolşevik Partizan Westberliner Kommunist

27.11.1981

DISKUSSION ÜBER TEILNAHME AN DER

EINE KRITIK VON GDS

EINE NOTWENDIGE KRITIK AN BEFREUNDETEN ANTIIMPERIALISTISCHEN ORGANISATIONEN:

DIE TEILNAHME AN DER DEMONSTRATION DER "GRÜNEN" AUS ANLASS DES BRESCHNEW-BESUCHS WAR F A L S C H !

Im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des Vertreters des sowjetischen Sozialimperialismus Breschnews, in Bonn, kam es zu verschiedenen Demonstrationen und Kundgebungen: Ausgesprochen reaktionäre imperialistische Großkundgebungen zur Wahrung und Verteidigung der Interessen des westdeutschen Imperialismus, auf denen die revanchistische und faschistisch-antikommunistische Propaganda ganz offen und unverhüllt vorgebracht wurde; eine Jubeldemonstration der DKP, den Lakaien der sowjetischen Sozialimperialisten; eine relativ große Demonstration der MARXISTISCHEN GRUPPEN, deren erklärtes Ziel es war, Breschnew "auf den wahren Weg des Sozialismus zurückzuführen" und ihn vor der NATO zu "warnen" (Motto: "Leonid, was willst du hier, die NATO will den Krieg mit dir!" Die MARXISTISCHEN GRUPPEN sind gleichzeitig in ihrer Propaganda darum bemüht, den westdeutschen Imperialismus zu verharmlosen, wenn sie ihn als "politischen Zwerg" im Vergleich zum US.Imperialismus darstellen, der unter dem "Oberkommando der USA" stehen soll; damit befinden sie sich in bester opportunistischer Gesellschaft). Schließlich gab es auch eine von den "Grünen" organisierte Demonstration, an der etwa 5 - 6 000 Demonstranten teilnahmen.

Die "Grünen" hatten ganz bewußt herausgestellt, daß sie n i c h t g e g e n die imperialistischen Banditengespräche zwischen Breschnew und Schmidt waren und sie unterstrichen das kurz vor der Demonstration erneut mit "Offenen Briefen" an Schmidt und Breschnew, in denen sie diesen beiden Häuptern imperialistischer Mächte erneut, wie schon in ihrem Aufruf zur Demonstration, bestätigten, daß sie ihre imperialistischen Schachereien und Rivalitäten ausdrücklich unterstützen!

Der Block der "Grünen" auf der Demonstration, der mehr als die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer umfaßte, war denn auch geprägt von PAZIFISMUS UND ILLUSIONSMACHEREI ÜBER DIESE BEIDEN IMPERIALISTISCHEN GROSSMÄCHTE! Dieser Block prägte auch das Bild der Demonstration insgesamt, die damit im wesentlichen zu einer proimperialistischen Demonstration wurde.

Der andere Teil der Demonstration stand aber ebenfalls unter dem beherrschenden Einfluß des Opportunismus. Die großen Blöcke von KPD und KABD dort sicherten ebenfalls dem Pazifismus und Chauvinismus seine Propagandamöglichkeiten mit Parolen wie: "Für eine atomwaffenfreie Zone vom Atlantik bis zum Ural" - so der KABD (getreu dem chauvinistischen Motto: Soll der imperialistische Krieg sich doch auf die Gebiete Asiens, Afrikas, Lateinamerikas beschränken - Hauptsache UNSER KULTUREUROPA BLEIBT IN FRIEDEN); "Deutschland darf kein Schlachtfeld werden!" - so die KPD (betreibt der KABD ganz allgemein europäischen Chauvinismus, "konzentriert" sich die KPD ganz gezielt auf den deutschen Chauvinismus, der von ihr schon seit über zehn Jahren stetig propagiert wird).

Im Rahmen von Aktionseinheitsverhandlungen zum Besuch Breschnews in Bonn, die von der GENERALUNION AFGHANISCHER STUDENTEN (GUAFS) organisiert worden waren, wurde auch die Frage sehr lebhaft diskutiert, ob die beteiligten Organisationen (ATIF, ATIF/Duisburg - der Teil der ATIF, der von den PARTIZAN-Anhängern abgespalten wurde, SYMPATHISANTEN DER IRANISCHEN ORGANISATION PEYKAR, die Zeitschrift WAHRHEIT/ Siegen-Olpe, DEVRIMCI HALKIN BIRLIGI, GEGEN DIE STRÖMUNG, ANTIIMPERIALISTISCHES KOMITEE FRANKFURT) sich an der Demonstration der "Grünen" beteiligen sollten, oder aber ob sie eine eigene revolutionäre Demonstration organisieren sollten. Der Vertreter von GEGEN DIE STRÖMUNG hatte von Anfang an jegliche Form der Beteiligung an der Demonstration der "Grünen" abgelehnt, da das eine gemeinsame Demonstration mit Kräften bedeutet hätte, die ganz ausdrücklich eine proimperialistische Propaganda auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die Propaganda der "Grünen" auf der Demonstration bestätigte diese Einschätzung des Vertreters von GEGEN DIE STRÖMUNG voll und ganz.

Im Rahmen der Aktionseinheitsverhandlungen konnte der Vertreter von GEGEN DIE STRÖMUNG sich allerdings nicht durchsetzen, so daß alle teilnehmenden Organisationen außer GEGEN DIE STRÖMUNG und das ANTIIMPERIALISTISCHE KOMITEE FRANKFURT beschlossen, einen "revolutionären Block" im Rahmen der Demonstration der "Grünen" zu bilden. Auf der Demonstration selbst zeigte sich allerdings, daß es tatsächlich keinen revolutionären Block gegeben hat! Zwar bildete nach dem Block der "Grünen" GUAFS die Spitze des zweiten Teils der Demonstration, in diesem Teil aber tummelten sich die Opportunisten von KPD und KABD, die in verschiedenen kleineren Blöcken verteilt waren. Außerdem gab es - und das ist in gewisser Weise das eigentlich entscheidende - keine klar gegen die "Grünen" gerichtete REVOLUTIONÄRE PROPAGANDA, die jedem Demonstrationsteilnehmer und Außenstehenden klar und unmißverständlich den Unterschied oder Gegensatz zwischen den beiden Teilen der Demonstration klar gemacht hätte.

Angesichts dieses opportunistischen Nachgebens revolutionärer Organisationen gegenüber der proimperialistischen Propaganda der "Grünen" und dem Pazifismus und Chauvinismus von KPD und KABD bestätigt sich einerseits die vollständige Berechtigung der Kritik von GEGEN DIE STRÖMUNG, die im nachfolgenden Flugblatt an diesen Organisationen geäußert wurde. Andererseits gewann aber überhaupt das Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG als der einzigen wirklich REVOLUTIONÄREN PROPAGANDA GEGEN DIE "GRÜNEN" an Bedeutung. Die mehrere tausend verteilten Exemplare fanden bei etlichen Demonstrationsteilnehmern aufmerksames Interesse und Zustimmung, während KPD-Ordner wieder an ihrer Tradition aus der Zeit der KPD/ML anknüpften, und Überfälle auf die Verteiler dieser Flugblätter versuchten.

GEGEN DIE STRÖMUNG sieht es als seine revolutionäre Pflicht an, in gründlicher Debatte seine Kritik an den revolutionären Organisationen sowohl im einzelnen als auch ganz grundsätzlich vorzubringen und diese Organisationen von der Richtigkeit dieser Kritik zu überzeugen. Nachfolgend das verteilte Flugblatt.

STELLUNGNAHME VON "GEGEN DIE STRÖMUNG", "ORGAN FÜR DEN AUFBAU DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI IN WESTDEUTSCHLAND (aus GDS Nr. 27, S.4)

EINE STELLUNGNAHME VON ATIF

Am 22.November protestierten verschiedene politische Kräfte mit Demonstrationen gegen den Besuch Breschnew's in West-Deutschland. An einer dieser Demonstrationen nahmen auch wir in den Reihen des revolutionären Blocks teil. An diesem beteiligten sich ausser uns GUAFS, Peykar, ATIF ev., DHB, Fight Back und Wahrheit/Siegen. Nach der Demonstration fand ein Treffen zur Einschätzung über diese statt. Daran nahmen GUAFS, GDS, das Antiimperialistische Komitee Frankfurt und wir teil. Ein Bericht über die Demonstration ist bereits in Mücadele Nr.63 erschienen.

In diesem Artikel, in Mücadele 63, wurde jedoch nicht darüber infomiert, daß GEGEN DIE STRÖMUNG (GDS) eine andere Auffassung als wir zu der Durchführung und Teilnahme an der Demo vertrat. Auch wurde die Frage, ob unsere Teilnahme überhaupt bzw. in der Form, wie geschehen, richtig war, nicht diskutiert. Zu aufgetretenen Fehlern wurde keine Stellung bezogen. Artikel, die in Mücadele zu einzelnen Aktionen abgedruckt werden, müssen aus unseren Aktionen Lehren ziehen, wegweisend und unsere Arbeit fördernd sein.

Der Artikel in unserer letzten Nummer "Breschnew wurde 'empfangen'" war weder ein Artikel, der aus der Aktion Lehren zog, noch ein Artikel, der richtig und ausreichend informierte. Denn eine Reihe von Fragen und Positionen, die mit dem Problem in Zusammenhang standen, wurden nicht berücksichtigt. Mit dem vorliegenden Artikel wollen wir sowohl diesen schweren Fehler korrigieren, als auch über die Einschätzung, auf dem Treffen nach der Demonstration, der Aktionen berichten.

Gehen wir zunächst auf die Entwicklung bis hin zur Demonstration ein:

Ende August 1981 rief die GUAFS rund 40 Organisationen in Westdeutschland zu einem Treffen auf, um eine Aktionseinheit gegen den Besuch Breschnews zu bilden. An diesem nahmen wir, GDS, das Antiimperialistische Komitee Frankfurt, DHB, Fight back, Wahrheit Siegen und die Vertreter der falschen ATIF teil.

Auf den ersten Treffen war noch keine Rede von der Demonstration der "Grünen" usw. Die Teilnehmer der Aktionseinheitsverhandlungen planten, eine eigene Demonstration zu organisieren. Auf den ersten Treffen wurde über eine gemeinsame Plattform diskutiert. Wir vertraten die Meinung, daß diese Plattform Stellung beziehen muß:

- gegen Weltimperialismus und Weltreaktion;
- gegen die Kriegsvorbereitungen sämtlicher Imperialisten und die heute bereits in verschiedenen Teilen der Welt geführten lokalen ungerec
  denen Teilen der Welt geführten lokalen ungerechten Kriege;
- gegen die Besetzung Afghanistans durch die russischen Sozialimperialisten, gegen ihr Handlangerregime;
- gegen die westlichen Imperialisten und ihre Verbündeten in Afghanistan;
- gegen den EG-Plan zu Afghanistan und die Pläne der westlichen Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten, Afghanistan unter sich aufzuteilen;
- für die Unterstützung des nationalen Befreiungskrieges des afghanischen Volkes.

In diesem Punkt traten keine Meinungsverschiedenheiten zwischen, GDS, G AFS, Peykar und uns auf. Nur die Vertreter der falschen ATIF zeigten von Anfang an ihr erpresserisches Vorgehen,'entweder wir (ATIF ev.) oder sie (ATIF)'. Sie wurden jedoch isoliert und wurden gezwungen, ihre Forderung zurückzuziehen. Auf einem späteren Treffen (nach dem die Plattform bereits beschlossen war) entstand eine neue Situation. Die Grünen gaben bekannt, daß auch sie am 22.11. eine Demonstration in Bonn durchführen wollten. Es war nötig, zu dieser Demo Stellung zu beziehen. Darüber begann eine Diskussion unter den Organisationen, die die Plattform unterschrieben hatten.

Die Sympathisanten von Peykar erklärten, daß sie auf jeden Fall gegen eine Teilnahme an der Demonstration der Grünen sind. Die Vertreter von GDS vertraten die Meinung, daß das Verhalten der Grünen auf der Demonstration proimperialistisch sei und sie deswegen gegen eine gemeinsame Demonstration sind. Auch wir waren zunächst der Auffassung, daß man eine revolutionäre Demonstration durchführen müsse und dies durch eine Teilnahme an der Grünen-Demonstration nicht gewährleistet sei.

In der Diskussion vertraten die anderen Organisationen, allen voran die Vertreter von GUAFS, daß es richtig sei an der Demonstration der Grünen teilzunehmen. Die Vertreter von GUAFS stellten fest, daß die Grünen nicht dagegen seien, daß wir uns an der Demonstration mit einer eigenen Plattform und einem eigenen Block beteiligen sowie daß sie uns das Recht einräumen würden, am Ende der Demonstration im Namen des Blocks eine Rede zu halten. Zudem würde die Polizei an diesem Tag keine weitere Demonstration in Bonn erlauben. Die Vertreter von GUAFS kamen zu dem Schluß, daß sie auf jeden Fall die Beteiligung an der Demonstration für richtig halten.

In dieser Situation vertraten wir dann die Auffassung, daß wir uns als unabhängiger Block an der Demonstration der Grünen beteiligen, da die Frage für uns eine taktische sei. Wir nahmen also von unserer bisherigen Position, eine eigene Demonstration zu organisieren, Abstand.

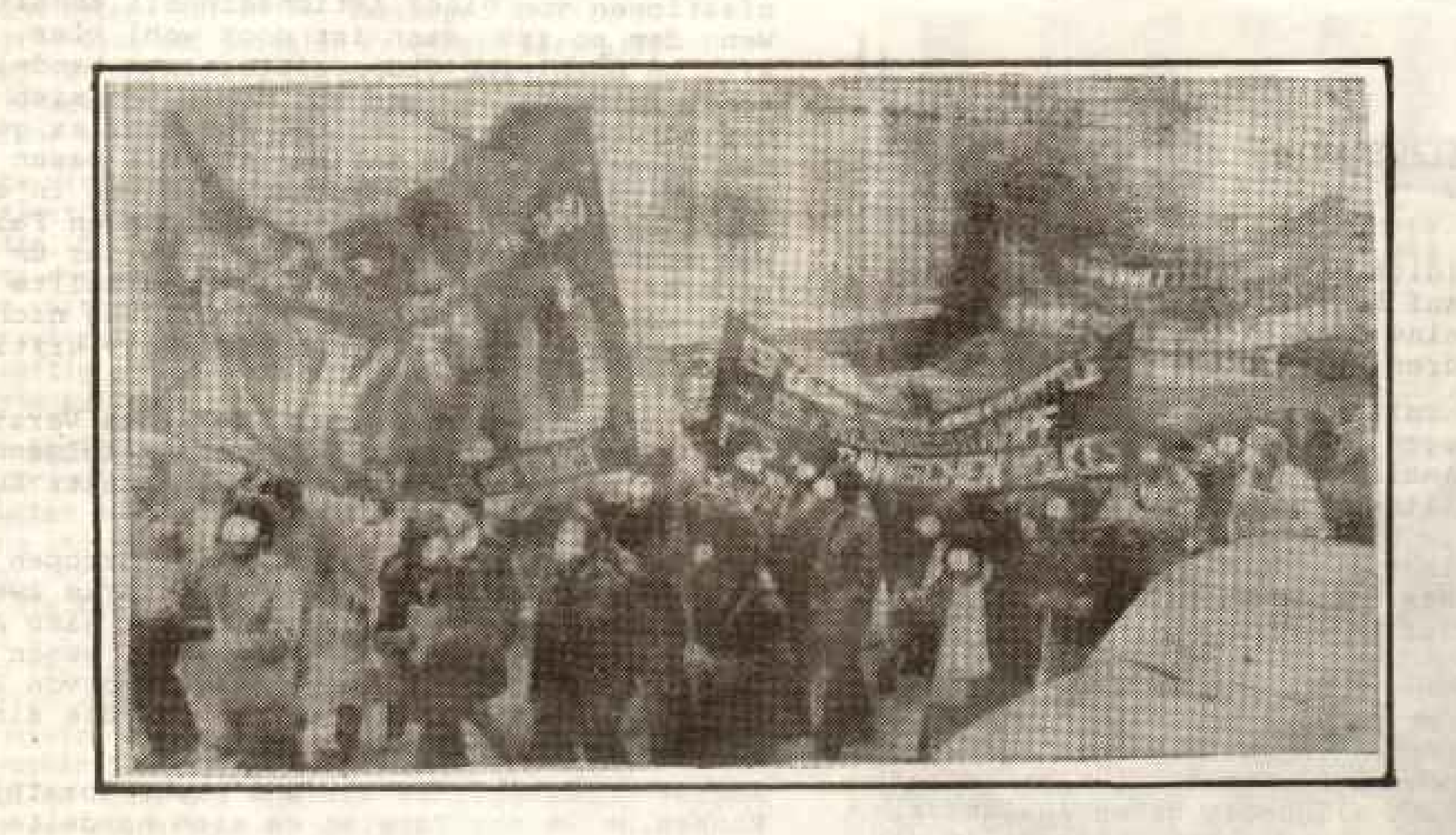
Folgende Gründe lagen unserem Verhalten zugrunde:

- Von Anfang an hatten wir die Führung von GUAFS bei der Vorbereitung der Demonstration akzeptiert. Es war für uns primär, die von ihr durchgeführte Aktion zu unterstützen. Diese Herangehensweise war jedoch falsch. Für uns kann sich die Frage nicht so stellen, daß wir jede konkrete Aktion von allen Organisationen, die wir als antiimperialistisch einschätzen, unterstützen müssen, und erst recht nicht, daß wir bei gemeinsamen Aktionen von Anfang an einer solchen Organisation die Führung übergeben müssen. Hinzu kommt noch, daß die Demonstration schon längst nicht mehr den Charakter einer Afghanistandemonstration trug.

- Zweitens vertrat ausser Peykar und GDS (auch das antiimperialistische Komitee teilte diese Auffassung A.d.Ü.) keine Organisation die Meinung, nicht mit den Grünen zu marschieren. Ein weiterer Beweggrund für unser Verhalten war, daß wir davon ausgingen, daß eine Demonstration nur mit den obengenannten Gruppen eine sehr kleine Demonstration sein würde, und wir fürchteten uns davor, allein und isoliert zu bleiben. In Wirklichkeit wäre es jedoch möglich gewesen, an stelle einer eigenen Demonstration, zunächst während der Aktionseinheitsverhandlungen GUAFS und die anderen Gruppen dazu zu zwingen Stellung zu beziehen. Im Falle daß GUAFS und die anderen an der Demonstration der Grünen dann trotzdem teilgenommen hätten, hätte man gemeinsam mit Peykar und GDS eine Erklärung veröffentlichen und während der Demonstration zahlreich verteilen können. In dieser Hinsicht spielte für uns die zahlenmäßige Überlegenheit der anderen sowie die Angst, isoliert zu sein, die ausschlaggebende Rolle.

- Drittens. Wir waren uns anfangs nicht über den Charakter der Grünen, sowie insbesondere über ihre Politik in bezug auf die Breschnew-Demonstration im Klaren. Diese Frage haben wir auch nicht sehr ernst genommen. Tatsächlich war es aber so, daß die Grünen mit ihrem Aufruf für die Interessen des westdeutschen Imperialismus Stellung bezogen. In den Kreisen der 'Linken' nimmt der Einfluß der Grünen immer mehr zu. Dabei übernehmen die Grünen die Aufgabe, die Kreise, die sich dahin entwickelten, mit dem System alle Verbindungen abbrechen zu wollen, wieder mit dem System zu versöhnen. Die Demo, die sie zum Breschnew-Besuch organisierten, begrüßte die Gespräche zwischen dem Chef des Sozialimperialismus, Breschnew, und dem Vertreter des westdeutschen Imperialismus, Schmidt; und rief die eigene Regierung dazu auf, "sich noch mehr

„GRÜNEN"-DEMONSTRATION ZUM BRESCHNEW-BESUCH



für den Frieden einzusetzen"(!). Die Revolutionäre hätten in dem Falle, daß sie nicht über genügend Kräfte für eine eigene Demo verfügten, diesen Charakter der Demonstration anprangern müssen. Man hätte das wahre Gesicht, die proimperialistische Linie der Demo-Veranstalter anprangern müssen. Bei einer Teilnahme der Revolutionäre an dieser Demonstration hätten sie mit diesem Ziel hingehen müssen. Dadurch, daß wir das nicht machten, vertraten wir objektiv den Standpunkt, daß auch die Grünen als Revolutionäre anzusehen seien. Dadurch, daß wir uns für die Teilnahme an der Demonstration der Grünen einsetzten, ließen wir GDS und Peykar, die eine richtige Position vertraten, allein und zwangen GUAFS und die anderen Gruppen nicht, ihre Meinung zu revidieren. Die gemeinsame Plattform war eigentlich ab dem Moment, wo es galt, gegen die Demo der Grünen Stellung zu beziehen, unzureichend, um auf ihrer Grundlage einen Block zu bilden. Denn nun stellte sich eine neue Frage: Wie stellt man sich zu den Grünen? Nur die, die i dieser Fragen gemeinsam vorgingen, hätten einen Block bilden können.

Denn es gab keine einheitliche Vorgehensweise der Gruppen, die sich auf der alten Plattform vereinigt hatten, mehr. Ein Teil (GDS und Peykar) schätzten die Grünen als pro-imperialistisch ein und lehnten eine Teilnahme deswegen ab; für einige andere Gruppen war die Einschätzung der Grünen als proimperialistisch sektiererisch, sie fanden die Teilnahme an der Grünen-Demo richtig; wir dagegen vertraten die Auffassung, daß es trotz unserer Einschätzung der Grünen (diese Einschätzung galt zumindest für ihr Verhalten für die geplante Demo) dennoch richtig sei, als eigener Block an der Demo der Grünen sich zu beteiligen. (Hier versuchten wir also, die Einheit der sowieso zerfallenen Aktionseinheit wiederherzustellen.) Das war ganz falsch. Richtig wäre gewesen, ab dem Moment, wo die Frage der Teilnahme an der Demo der Grünen erörtert wurde, auf einer eigenen Demonstration zu beharren, oder aber, wenn dies nicht durchführbar wäre, eine Diskussion darüber, welche gegen die Grünen Stellung beziehende Aktionsformen man bei der Demo der Grünen anwenden kann, zu erzwingen. Wir machten den Fehler, obwohl der Block schon zerfallen war - denn es existierte zwischen uns und GUAFS und den anderen Gruppen keine Einheit bei der Einschätzung der Grünen, noch immer von der Bildung eines gemeinsamen revolutionären Blocks mit diesen Organisationen zu reden.

Die Genossen von GDS haben vor und während der Demonstration die Teilnahme an der Demo sowie die Grünen selbst kritisiert und verurteilt. In einem Flugblatt haben sie die Demo der Grünen sowie das Verhalten des revolutionären Blocks, in dem wir uns auch befanden, kritisiert. Dieses Flugblatt wurde den Kräften entsprechend auf der Demonstration verteilt. Peykar dagegen hatte kurz vor der Demonstration ihr richtiges Verhalten aufgegeben. Auch sie nahmen an der Grünen-Demonstration teil.

Auf dem Treffen nach der Demonstration konzentrierten sich die Einschätzungen auf die eben angeführten Punkte. Die Freunde von GUAFS vertraten die Ansicht, daß die Teilnahme an der Demonstration richtig gewesen sei, daß in den Reihen der Demo, auch außerhalb des revolutionären Blocks, Antifaschisten teilgenommen hätten. Dagegen vertraten GDS, das Antiimperialistische Komitee und wir die Meinung, daß die Demonstration, so wie sie gelaufen ist, noch mehr den Grünen genutzt habe. Wir vertraten: Der Demo wurde der Stempel durch den offenen Pazifismus in den Reihen der Grünen, durch europäischen Chauvinismus (KABD) und deutschen Sozialchauvinismus (KPD) aufgedrückt. Obgleich unsere revolutionären Parolen uns ein wenig von den anderen trennten, waren sie auf keinen Fall ausreichend und änderten den allgemeinen pazifistischen und chauvinistischen Charakter der Demonstration überhaupt nicht. Die Praxis der Demonstration hat ganz klar gezeigt, daß eine Teilnahme (auf diese Weise) falsch war. Unsere Teilnahme an der Demonstration (auf diese Weise) nutzte zweifellos mehr den Grünen als uns.

Die Praxis hat gezeigt, daß die richtige Vorgehensweise gegenüber der Grünen-Demo folgende gewesen wäre: Wir sollten gemeinsam mit den Kräften, die die Grünen (bei dieser Demo) als proimperialistisch einschätzten, vorgehen, gemeinsam mit ihnen ein Flugblatt herausgeben, worin die Grünen entlarvt (und auch andere Opportunisten kritisiert) werden, und hätten mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die richtige Haltung propagieren sollen.

Unser Fehler, den wir hinsichtlich dieser Demonstration machten, war ein sehr schwerwiegender. Denn auf dieser Demonstration zogen wir keine scharfe Trennungslinie zwischen uns und den opportunistischen sowie proimperialistischen Kräften. Dies müßte für uns jedoch eine nicht aufzugebende Voraussetzung für jede Aktionsei heit sein. Wir sind für Einheit in der Aktion und für Freiheit in der Agitation und Propaganda, damit wir uns von den ideologisch-politisch opportunistischen und proimperialistischen Kräften abgrenzen können. Eine Aktionseinheit in der dies nicht erfolgt, bringt uns keinen Nutzen.

Außerdem konnten wir nur wenige Teilnehmer für die Demonstration mobilisieren. Jedoch ist bei solchen Aktionseinheiten die Zahl der Teilnehmer wichtig. Unsere Stimmen gingen in den Massen der Grünen unter. Auch hier haben wir nicht beizeiten gehandelt. Nachdem der Zeitpunkt der Demo feststand, haben wir erst unnötigerweise eine Woche gewartet, bis die gemeinsame Plattform gedruckt vorlag. Dies verhinderte mit, daß wir breite Massen für die Demonstration mobilisierten. Die 200 Freunde, die wir trotzdem mobilisieren konnten, waren für unsere Verhältnisse sehr wenig. Man hatte zwar angekündigt, daß eine Demonstration stattfinden würde, und dazu aufgerufen, sich dafür vorzubereiten. Das war aber auch alles. Dies zeigt, daß man der Demonstration nicht genügend Bedeutung beigemessen hat. In dieser Hinsicht hatten alle Organisationen ausser GUAFS ein noch schlechteres Ergebnis vorzuweisen als wir. Obwohl der ATIF ev. über mehr Kräfte als wir verfügt, mobilisierten sie nur genauso viele Personen wie wir; DHB dagegen, die auch eine größere Anhängerschaft als wir haben, mobilisierten nur einen Bruchteil ihrer Massen. Von Fight Back und Wahrheit Siegen sahen wir überhaupt keine Teilnehmer. Auch Peykar hatte nur geringe Massen mobilisiert. Dies war ein weiterer negativer Aspekt der Demo.

Während der Demonstration forderten uns Freunde der GUAFS auf, die Transparente mit den Porträts der Klassiker herunterzunehmen. Sie begründeten dies damit, daß sie eine Massenorganisation und daß die Demo eine Massendemonstration sei, daß die Transparente, die im revolutionären Block, mitgeführt werden, auch für sie bindend seien, und manche Freunde in ihren Reihen würden vor diesen Transparenten zurückschrecken und würden eventuell die Demonstration verlassen. Eine solche Forderung konnten wir nicht akzeptieren. Wir sind eine Organisation, die der Auffassung ist, daß sich solche antiimperialistischen Demonstrationen nicht gegen den Kommunismus, sondern gegen den Faschismus und die Reaktion richten. Das war ein Problem, das unser Verhalten zu GUAFS beeinflußte. Außerdem kam es während der Demo auch zu einigen anderen Zwischenfällen, die es eigentlich zwischen revolutionären Organisationen nicht geben darf.

Wir rufen alle Freunde auf, über dieses Thema zu diskutieren.

Es lebe unser revolutionärer Kampf !
Im Namen der ATIF/YK Der Vorsitzende

ANMERKUNGEN DER REDAKTION
==========================

Wir halten im wesentlichen die Position des "antiimperialistischen Komitees/Frankfurt" (wir druckten sie in der Nr.10 der "Türkei im Kampf" ab) und von "Gegen die Strömung", wie sie hier dokumentiert wurde, für richtig. Auch wir sind, der Ansicht, daß man bei dieser Demonstration vor allem Dingen eine Entlarvung der falschen Positionen der "Grünen" hätte leisten und eine eigene revolutionäre Demonstration organisieren müssen.

In den Diskussionen wurde noch als ein Gegenargument vorgebracht, daß GDS und das antiimperialistische Komitee mit ihrer Stellungnahme es prinzipiell ablehnen, an einer Demo der Grünen teilzunehmen. Wir verstehen ihre Positionen nicht so, der Leser kann sich ja auch selbst davon überzeugen. Unserer Meinung nach, geht und ging es bei der ganzen Diskussion um die Frage der Beteiligung oder nicht Beteiligung eben an dieser Demonstration, mit eben diesem programmatischen Grundlagen der "Grünen". In einem anderen Falle kann es durchaus legitim sein, sich an einer Demo der "Grünen", wenn gleich sicherlich auch mit Kritik, zu beteiligen.

Ebensowenig würden wir es für richtig halten, es prinzipiell auszuschließen, daß man als revolutionärer Block sich an der Anti-Breschnew-Demo beteiligt. Bei den Organisationen wie GUAFS, WAhrheit/Siegen etc. war jedoch ganz klar, daß sie unter "revolutionärem Block" sowohl praktisch als auch politisch keine OPPOSITION zur Grünen-Demo verstanden. Das ist der springende Punkt.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
E. Stralucke, Pstf.: 111701
6 Frankfurt a.M.
Eigendruck im Selbstverlag
****

ABONNEMENT:
Jahresabonnement: (mind. 10 Nummern, incl. Porto).......... 17.-DM
Solidaritätsabo....... 25.-DM
Halbjahresabo......... 9.-DM

Bestellungen und Zuschriften sind zu richten an:
Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzerstr.4
6000 Frankfurt /Main

Einzahlungen auf Konto
E.Stralucke Knt.: 294977500
Dresdener Bank, Frankfurt/M
Bankleitzahl 5oo 80000

LESERBRIEFE UND LESERKRITIKEN

Nachfolgenden Briefwechsel zwischen dem Türkei-Komitee/Konstanz und uns veröffentlichen wir aus mehreren Gründen:

- Zunächst wird über den Fall einer Ausweisung gegen einen Antifaschisten aus der Türkei berichtet und zur Solidarisierung aufgerufen. Falls Leser der "Türkei im Kampf" über ähnliche Fälle näheres wissen, sollten sie sich doch am besten gleich mit dem Türkei-Komitee Konstanz in Verbindung setzen. Ebenso falls sie in ihren Arbeitsbereichen Protestresolutionen gegen die Ausweisung verabschieden lassen können, sollten sie direkt zugesandt werden. Die Adresse: Türkei-Komitee c/o ESG Höhenweg 43 7750 KONSTANZ.

- Darüberhinaus werden in dem Brief Fragen der Aktionseinheit der Revolutionäre und Antifaschisten angesprochen, die uns auch für unsere Leser sehr informativ und interessant erscheinen.

Liebe Freunde,

Vor einer Woche erfuhren wir, daß Hasan Ögütcü, einer der Angeklagten im "Hechinger Türkenprozeß", jetzt ausgewiesen werden soll. Ihr habt seinerzeit ja über den Prozeß berichtet.

Um Hasan zu unterstützen (Er hat natürlich Widerspruch eingelegt und wird gegen die Ausweisung prozessieren), sammeln wir in unserer Region Unterschriften unter die beigelegte Protesterklärung. Ausserdem hat am 25.11. die Vollversammlung der Studenten an der Universität Konstanz (800 Teinehmer) bei einer Gegenstimme gegen die Ausweisung protestiert.

Die offensichtliche Anordnung der Ausweisung durch das Innenministerium läßt uns vermuten, daß hier demonstrativ der Kampf gegen Linke aus der Türkei in der BRD, der ja Teil der "Türkei-Hilfe" ist, trotz zunehmender öffentlicher Kritik an der Junta weitergeführt werden soll. Es ist auch möglich, daß mit dieser Ausweisung das Innenministerium des CDU-Landes Ba-Wü eine harte Linie gegen linke Ausländer dokumentieren will, was sich einreihte in die Versuche der CDU, den Deutschen ihre Regierungsalternative darzustellen. Wir wissen, daß in Ba-Wü wegen derselben Angelegenheit noch weitere Ausweisungen ausgesprochen worden sind, ohne daß wir zu den Betroffenen Kontakt haben. Über andere Bundesländer wissen wir diesbezüglich nichts.

Wir halten die Ausweisung also für einen Akt des politischen Kalküls höherer Instanzen. In diesem Fall können wir aber mit unserer Unterschriftensammlung nicht besonders viel ausrichten. Es muß aber in diesem Fall noch mehr Auswesiungen geben. Für uns ist deshalb von Bedeutung, einen Überblick über die angeordneten oder bereits geschehenen Ausweisungen von Linken aus der Türkei aus der BRD zu erhalten. Falls nötig, wollen wir auch der Solidaritätsbewegung vorschlagen, gemeinsam gegen die politischen Ausweisungen vorzugehen. Es kann natürlich sein, daß es so ein Vorgehen längst gibt, wir aber davon nichts mitbekommen haben....

Ihr werdet sicher zustimmen, daß eine gemeinsame Verteidigung von Ausweisung bedrohter Türken und Kurden verschiedener linker Strömungen durch zahlreiche Organisationen mehr Aussicht auf Erfolg verspricht, als wenn jede Gruppe nur die "eigenen" Fälle veröffentlicht. Die Stimmung innerhalb der Türkei-Solidarität ist auch für Einheitsaktionen zu einzelnen, alle betreffenden Fragen günstig. Die Verteidigung von durch Ausweisung bedrohten Freunden ist nämlich eine Sache, in der auch bei unterschiedlichen Meinungen bzgl. des Charakters der Junta und zum Vorgehen der Behörden (nur "Zusammenarbeit mit Junta" oder "Teil der Türkei-Hilfe") gemeinsam gehandelt werden kann; vordringliches Ziel ist es, die Leute vor dem Zugriff der Junta (d.h. vor Folter, Gefängnis, Mord) zu retten.

Wir müssen deshalb überlegen, ob eine sofortige Veröffentlichung in der TIK zweckmäßig ist. Es kann sein, daß dadurch die Chancen auf ein Zusammengehen mit anderen linken Organisationen erschwert werden, da diese sofort abwinken.

Wir können hierzu wegen unserer geringen Kenntnis der Gesamtheit der westdeutschen Türkei-Solidarität keine präzise Einschätzung liefern. Unsere Bedenken mögen zu Unrecht bestehen. Wir wissen jedoch, daß wichtige Gruppen gegenüber ATIF und Bolşevik Partizan starke Zweifel haben, ob die letzteren ehrlich für eine Aktionseinheitspolitik arbeiten (z.B. wegen der Parolen, die auf der Duisburger Demo von Bolşevik Partizan getragen wurden und die sich z.T. gegen andere Teilnehmer richteten.) Diese Bedenken sollten keine neue Stärkung erhalten.

Es sei Euch natürlich nicht genommen, bei einer anderen Einschätzung auch sofort über Hasans Ausweisung zu berichten.

Mit solidarischen Grüßen

ANTWORT DER REDAKTION

Werte Freunde,

Zunächst entschuldigt bitte unsere etwas verspätete Antwort auf Euer Schreiben vom 29.11., aber wir hatten eine Redaktionspause und können erst jetzt Euren Brief beantworten.

Wir stimmen Euch voll zu, daß gegen die Ausweisungsandrohung gegen Hasan Ö. unbedingt gemeinsam mit anderen Antifaschisten etwas unternommen werden muß. Allerdings haben wir sowohl was die Mittel, als auch die Einschätzung der Formen der Aktionseinheit angeht, andere Vorstellungen als ihr. Das aber nur vorneweg, wir kommen noch mal darauf zu rück.

Die Feststellung von Euch, daß es sich bei der Ausweisung nicht um einen Einzelfall handelt, daß dahinter vielmehr die gesamte Verschärfung des Vorgehens gegen revolutionäre Ausländer, insbesondere aber auch allgemein gegen Ausländer, steckt, teilen wir auch. Wir haben gerade in der TIK Nr.11 über diese verschärften Maßnahmen ausführlich berichtet und die unbedingte Notwendigkeit aufgezeigt, daß alle Antifaschisten und Antiimperialisten dagegen vorgehen müssen. Was die Einschätzung von Euch einer 'besonderen CDU'-Strategie angeht, so meinen wir, gibt es genug Beispiele von SPD-regierten Ländern bzw. halt die Bundesregierung selbst, die die gesamten Maßnahmen beschlossen hat, auf deren "Rechtsgrundlage" auch die CDU-Länder nur handeln können, die sich nicht wesentlich unterscheiden. Was sich unterscheidet ist sicherlich die Demagogie; Schmidt redet von den "integrationsunwilligen Ausländern", CDU-Späth von der "Überfremdung", deren rassistischer Kerngehalt allerdings auch gleichbleibt.

Als direkte Vorgehensweise für Hasan Ö. ist es nach unserer Erfahrung wichtig, sich mit einem auf diesem Gebiet gut auskennenden Anwalt in Verbindung zu setzen, der in der Lage ist, auch andere Präsedenzfälle anzuführen. Beispiele gibt's genug, ein sehr bekanntes war die Abschiebung mehrerer Arbeiter aus der Türkei nach dem Streik bei Dynamit Nobel in Nürnberg. Problem ist allerdings grundsätzlich, daß wie auch in der Nummer 11 nachgewiesen wird, die westdeutschen Behörden keine politische Verfolgung in der Türkei anerkennen. So ist das bislang wirksamste Mittel sicherlich die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit.

Als in solchen Fällen wirksame Schritte haben sich, unserer Erfahrung nach, erwiesen, zunächst eine Pressekonferenz durch den Anwalt und Hasan einzuberufen. Wichtig hierbei ist, daß man sich unheimlich dahinter klemmen muß, daß die verschiedenen Presseberichterstatter auch kommen, d.h. man muß denen persönlich auf den Füßen stehen. Weiter sollte man unbedingt Amnesty international informieren. Wichtig ist natürlich auch festzustellen, ob noch weiteren Angeklagten und Verurteilten der "Hechinger Prozesse" eine Ausweisung angedroht wurde. (Über Anwälte etc. können wir Euch, wenn nötig genauer noch informieren).

Was nun eine zu schaffende Aktionseinheit angeht, geht, so sind wir ebenso wie Ihr der Auffassung, daß alle revolutionären und fortschrittlichen Organisationen sich gemeinsam gegen solche Maßnahmen des westdeutschen Staates, wie auch gegen die Verfolgungen der türkischen Behörden wenden müssen, und vorallem durch ein Bekanntmachen und Klarstellen der tatsächlichen Verhältnisse in der Türkei eine Gegenöffentlichkeit schaffen müssen. Unsere Praxis in der TIK ist keineswegs die, nur über die politische Verfolgung von Genossen, die Organisationen angehören, die wir für politisch richtig halten, zu berichten. Im Gegenteil, in etlichen Prozeßberichten, in Informationen über Repressionen etc. haben wir über die Verfolgung von Genossen der unterschiedlichsten politischen Organisationen berichtet und haben darüber hinaus auch Berichte der verschiedensten Organisationen über Streiks in den Knästen, Aktionen etc. dokumentiert. Klar, daß wir die Organisationen alle als revolutionär und antifaschistisch einschätzen. Das ist für uns in dieser Hinsicht das einzig entscheidene Kriterium. (Um nur ein Beispiel anzuführen- wir haben über den Hungerstreik der Türkei-Solidaritätskomitees, die Dev.Yol nahestehen berichtet.) D.h. heißt, wir halten es für unsere selbstverständliche Pflicht, gemäß unseren Möglichkeiten über die politische Repression seitens des türkischen oder westdeutschen Staates gegen Revolutionäre zu informieren und Möglichkeiten der Unterstützung aufzuzeigen.

Diese uneingeschränkte Solidarität heißt aber für uns nicht, daß wir keinerlei Kritik an revolutionären politischen Organisationen anbringen dürfen. Im Gegenteil, wir halten es für eine Pflicht für jeden Revolutionär, zu zur Debatte stehenden Fragen, wie z.B. die Einschätzung der türkischen Junta oder die "Türkei-Hilfe" (Ihr führt diese Beispiele an), offen und [illegible] seine Position darzulegen und zu begründen sowie andere ihm falsch erscheinende Thesen zu kritisieren.

Wir sind doch keine bürgerlichen Diplomaten, die sich gegenseitig auf die Schultern klopfen und hinter vorgehaltener Hand über sich losziehen. Wir meinen, im Streit und im Kampf über eine so lebenswichtige Fragen, wie dem richtigen Weg zum Kampf gegen imperialistische Ausbeutung, Unterdrückung und Knechtung, müssen die Revolutionäre sich ganz klar voneinander abgrenzen, auch um sich zu vereinigen. Zur Frage der bei Euch angeschnittenen Aktionseinheit halten wir Euer Rangehen für grundfalsch.

Zunächst, wieso kann eine Veröffentlichung der Ausweisungsandrohung gegen Hasan Ö. andere Organisationen von einer Aktionseinheit abhalten? Wenn dem so ist dann ist doch wohl klar, daß es sich um bornierte Gruppeninteressen handelt, die total falsch sind und von denen man sich nicht beeindrucken lassen sollte. Entweder es geht einer Organisation um Solidarität mit Hasan Ö. und dann wird sie die ausdrücken, egal ob in dieser oder jener Zeitung bereits über diesen Fall etwas stand oder nicht, oder es geht ihr um was anderes. Und wenn dem so ist, dann sollte man sich von solch einer falschen Haltung nicht beeindrucken lassen, sondern sie aktiv kritisieren.

Euer, unserer Meinung nach, falsches Verständnis von Aktionseinheiten zeigt sich im folgenden, teils ziemlich diffamierenden Abschnitt Eures Briefes:

" Wir wissen jedoch, daß wichtige Gruppen gegenüber ATIF und Bolşevik Partizan starke Zweifel haben, ob die letzteren ehrlich für eine Aktionseinheitspolitik arbeiten (z.B. wegen der Parolen, die auf der Duisburger Demo von Bolşevik Partizan getragen wurden und die sich gegen andere Teilnehmer richteten)."

Abgesehen davon, daß wir uns nicht vorstellen können, um welche Parolen es sich handelte (vielleicht "Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!", die richtete sich sicherlich und mit Recht gegen "Teilnehmer der Demo" wie den SPD-Abgeordneten Coppik), haltet ihr offenbar die Grundlage für eine Aktionseinheit, Einheit der Aktion - Freiheit der Propaganda und Agitation, wie so viele andere Gruppierungen auch für falsch ?

(nebenbei bemerkt gab es, unserer Information nach, auf dieser Demo gar keine Aktionseinheit zwischen ATIF und Bolşevik Partizan mit den anderen Organisationen. Da sich die anderen Organisationen dem erpresserischen Diktat von Partizan beugten, auf keinen Fall mit ATIF oder Bolşevik Partizan etwas zusammenzumachen. Das halten wir z.B. für ein absolut schädliches Vorgehen.)

Wir halten es für völlig unsinnig, daß man eine Aktionseinheit eingeht, mit einer Gemeinsamen Plattform nach außen auftritt und es innerhalb der Aktionseinheit verbietet gegensätzliche Standpunkte, Kritiken an anderen Organisationen zu äußern. Damit will man das Bild einer "geeinten Linken" vorspiegeln, die es in Wirklichkeit gar nicht gibt.

Es ist daher richtig, sich in der Aktion zu einigen, aber gleichzeitig in der Propaganda darzulegen, warum es sich eben um unterschiedliche Organisationen, mit unterschiedlichen Positionen und Bewertungen handelt. Und wir halten das für eine ehrliche, weil offene Herangehensweise an die Aktionseinheit.

Nun noch zu einer Frage der Mittel des Kampfes gegen Hasans Ausweisung. - Die Unterschriftensammlung. Wir halten dieses Mittel für stumpf und unbrauchbar. Sicherlich soll man auch die legalen Möglichkeiten des demokratischen Kampfes nutzen. Nur in diesem Punkt nutzt dieses Mittel mehr den Herrschenden als uns. Insbesondere für ausländische Kollegen hat sich gezeigt, daß eine Unterschrift unter eine politische Protesterklärung zu Verweigerungen von Aufenthaltsgenehmigungen etc. geführt hat. Vergleicht man das mit der Effektivität dieser Unterschriftensammlung, steht das unserer Meinung nach in keinem Verhältnis. Zudem ist es ein Mittel, das in keinster Weise mobilisiert, sich aktiv für eine Sache einzusetzen. Man leistet seine Unterschrift, aus, fertig und damit hat man seinem politischen Anspruch genüge getan - wohl kaum. Viel effektiver und mobilisierender sind Aktionen, die zum aktiven eigenen Eingreifen auffordern, wie Versammlungen, Meetings auf Straßen etc.

Wir möchten Euch bitten, unsere Kritik als das zu verstehen, was sie ist, eine solidarische, die aber offen die uns falsch erscheinenden Haltungen kritisiert.

Über die weiteren Aktionen gegen die Ausweisung von Hasan Ö. bzw. über eventuelle Aktionseinheiten etc. hoffen wir, daß Ihr uns unterrichtet. Wir werden darüber berichten. Wenn Ihr in praktischer Hinsicht noch Unterstützung braucht, laßt es uns bitte wissen.

Mit revolutionären Grüßen für die Redaktion

U.Linke

P.S. Wir werden Euch demnächst eine solche Bücherliste zukommen lassen.



Völker im Kampf



KAMPF GEGEN FLUGHAFENPROJEKT SANRIZUKA, JAPAN: POSITIVES BEISPIEL REVOLUTIONÄRER MASSENGEWALT

STARTBAHN-WEST: KRIECHERISCHES VERHALTEN GEGENÜBER DEM STAATSAPPARAT DEMORALISIERT DIE BEWEGUNG

Seit mehr als 15 Jahren wird der Kampf gegen die geplante Startbahn 18 West geführt. Im Laufe der Zeit ist eine breite Bürgerbewegung entstanden, der Widerstand hat sich verstärkt. Zunächst versuchten Einzelne, später dann Klagegemeinschaften juristisch gegen den Bau der Startbahn vorzugehen. Seit ca. zwei Jahren, seitdem klar ist, daß durch juristische Mittel nichts zu erreichen ist, wurden verschiedene Formen des Widerstandes entwickelt. Große Teile der Bevölkerung organisierten sich in Bürgerinitiativen und Arbeitsgemeinschaften. Neben originellen Aktionen, Demonstrationen, Baumpatenschaften, Verkauf von Hüttenbausteinen für ein Freundschaftshaus, Hungerstreiks usw. waren die Startbahngegner bald bereit auch "illegale" Aktionen durchzuführen, wie die Errichtung des Hüttendorfes auf dem Baugelände und die spätere Platzbesetzung des ersten Bauabschnittes.

DIE WINDIGEN ARGUMENTE DER FAG UND DIE REALITÄT DES STARTBAHNBAUS

Mit der geplanten Startbahn 18 West soll für den Frankfurter Flughafen eine dritte Bahn gebaut werden.
Nach Meinung der FAG(Beteiligte: Bund, Land Hessen, Stadt Frankfurt/M) ist der Bau vor allem notwendig zur:
- Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen
- Kapazitätserweiterung um im internationalen Maßstab konkurrenzfähig zu bleiben.

Ausgangspunkt für den Widerstand der Bevölkerung waren zunächst die Folgen des Startbahnbaus: riesige Waldverluste, Grundwasserabsenkung, Luftverschmutzung, Lärmbelästigung, totaler Verlust des letzten großen Naherholungsgebietes im südlichen Rhein-Main-Gebiet, erhöhte Gefährdung der Gesundheit.

Das Argument von der FAG, durch die Startbahn werden neue Arbeitsplätze geschaffen, ist leicht zu widerlegen.(s.Kasten). Spekuliert wird dabei auf die Angst der Bevölkerung um ihren Arbeitsplatz. Mit dem Argument der Arbeitsplatzbeschaffung, das lehrt uns unsere Geschichte, kann man den Bau verschiedenster Projekte begründen!
- Hitler baute die Autobahn.
- Heute wird die Startbahn gebaut.

Klar gesagt, ist der Bau der Startbahn ein Teil von Kriegsvorbereitungen!

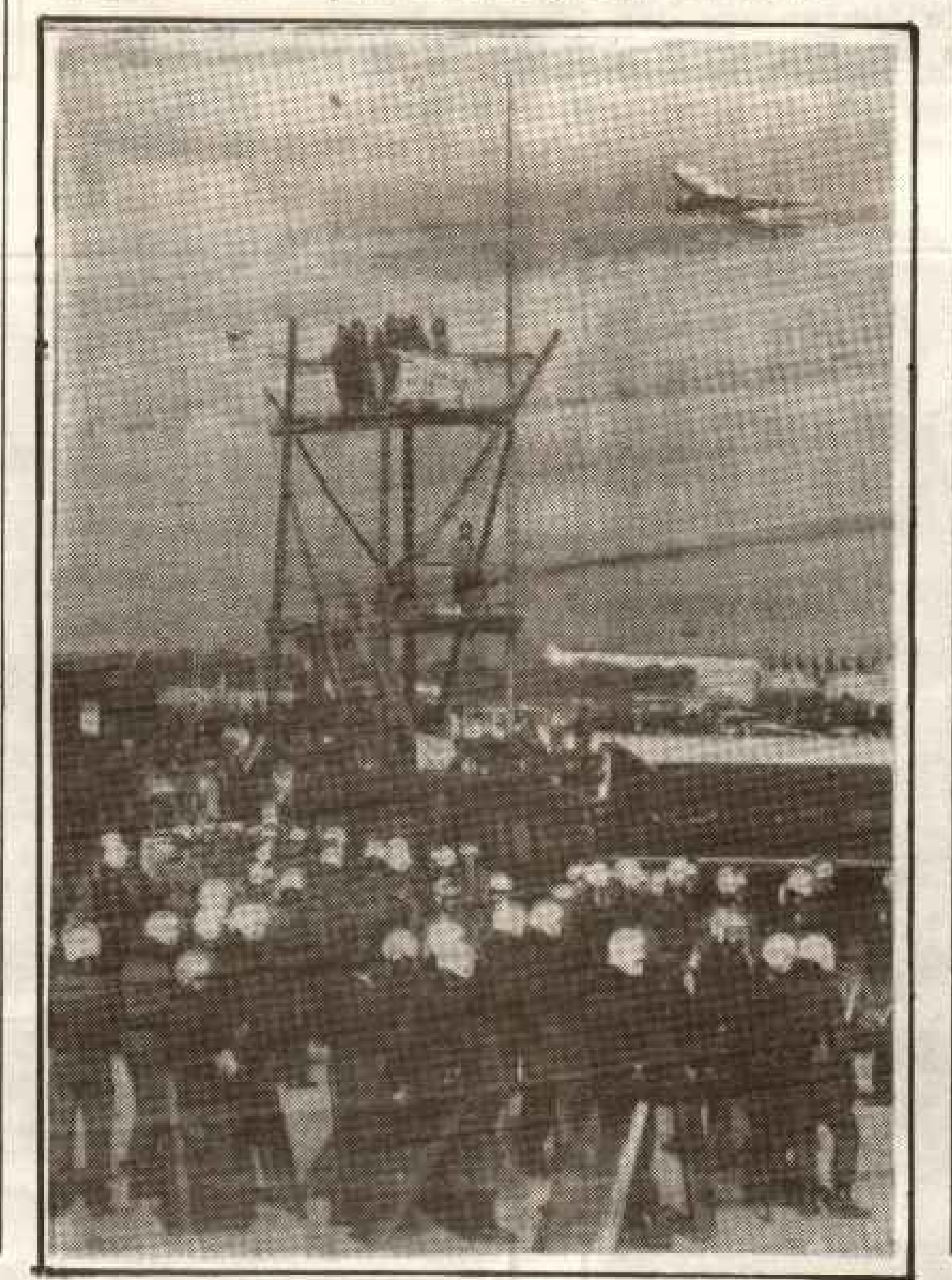
Alle noch so "fachlich, qualifiziert wirtschaftlichen" Aussagen der FAG sind nicht stichhaltig, sie gaukeln der Bevölkerung angebliche Sorge um ihere ökonomische Sicherheit vor. Tatsächlich sind sie an der Erhöhung ihrer Profite interressiert. Der ausschlaggebende Grund aber für die dritte Startbahn ist deren militärische Nutzung.

Daß Flugzeuge nicht nur Waren und Zivilisten transportieren, sondern einer der wichtigsten Waffen-und Soldatenträger sind das ist nicht nur allgemein bekannt, sondern das kann jeder auch im Frankfurter Flughafen beobachten. Hier ist ein riesiges Kontingent amerikanischer Bomber und sonstiger militärischer Maschinen zu finden. Durch die Diskussion dieses Punktes gewinnt der Kampf der Startbahngegner eine neue, sehr wichtige Dimension.

EIN PROJEKT DER KRIEGSVORBEREITUNG AUCH DES WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Das Verständnis, daß es um viel mehr als um ein riesiges Waldgebiet geht, daß es nicht nur um ein lokales oder hessisches Problem geht, sondern um ein zentrales Objekt dieses imperialistischen Staatsapparates in Westdeutschland macht klar, daß der Kampf gegen diese Startbahn auch mit aller Härte geführt werden muß.

In der Argumentation der meisten Startbahngegner ist allerdings nur klar, daß die USA-Imperialisten zur Unterdrückung anderer Völker und zur Kriegsvorbereitung diese Startbahn brauchen. Den wenigsten ist bewußt, daß die Startbahn, wie auch die heute noch vorwiegend zivil genutzten Flughäfen morgen militärische Basen der Bundeswehr, Schaltstellen der Angriffe auf andere Völker durch den westdeutschen Imperialismus sein werden. Die einst von Hitler so "gemeinnützig zur Arbeits-



platzbeschaffung" gebauten Autobahnen wurden nur weniger Jahre später als Panzerstraßen benutzt.

Nicht wie einst Hitler und heute Börner und Co(unterstützt von ihrem Friedensengel Willy Brand) behaupten werden durch den Bau von Autobahnen und Startbahnen Arbeitsplätze geschaffen, sondern die Kriegsvorbereitungen und der Krieg erhöhen die Maximalprofite der Monopole!

Die Tatsachen zeigen, daß die westdeutschen Monopole, die schon zur Zeit Hitlers die Drahtzieher der Eroberungskriege waren, heute bereits wieder den westdeutschen Staat als gepanzerte Faust gegen die Völker ausgebaut haben und weiter ausbauen. Westdeutschland ist - und darauf sind Politiker aller Schattierungen von Strauß bis Schmidt sehr stolz - nicht einfach ein kapitalistisches Land, sondern neben der USA, der Sowjetunion, Japan, Frankreich und anderen bereits wieder eine Großmacht.

Daß der westdeutsche Imperialismus nicht mehr einfach nur Werkzeug der USA ist, sondern dessen Konkurrent der mit ihm um Einflußsphären streitet, zeigt der Militärputsch in der Türkei und die unterschiedliche "Einschätzung" der Lage in El Salvador. Das ist nicht Ausdruck der Friedensliebe der westdeutschen Imperialisten, sondern Ausdruck der Tatsache, daß der westdeutsche Imperialismus als imperialistische Großmacht mit den USA um Einflußsphären streitet - heute noch nicht militärisch.

AUF EINEM AUGE, GEGENÜBER EINEM IMPERIALISMUS BLIND!

Es ist sehr gut und sehr richtig, wenn die Startbahngegner die Rolle der Startbahn als Instrument der Kriegsvorbereitung entlarven. Falsch ist es aber, wenn bei der Kriegsvorbereitung nicht die Vorbereitungen des eigenen, des westdeutschen Staates angeprangert werden. Es besteht die Gefahr, daß der berechtigte Kampf gegen die USA nicht für die Völker der Welt durchgeführt wird, sondern daß erfahrene Politiker sich ins grüne- linke Lager begeben, den Protest kanalisieren in einen Protest gegen die USA für die Profite und eigenständigen Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Monopole!

In der Propaganda gegen den USA- Imperialismus tut sich besonders die DKP hervor. Sie betreibt diese nicht im Interresse der Völker, sondern für einen anderen Imperialismus, nämlich den sowjetischen Sozialimperialismus. So begrüßen sie beispielsweise den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan und damit den Einsatz von Giftgasen, Napalmbomben und faschistischen Terror gegen die Arbeiter und armen Bauern in Afghanistan.
Bei der Durchführung von Widerstandsaktionen wurde der Bevölkerung sehr schnell klar, daß es mit der vielgepriesenen Demo-

Völker im Kampf

kratie in Westdeutschland nicht weit her ist, daß alle Machtmittel und Pläne bereit sind, die demokratische Maske fallen zulassen, daß sich die Demokratie als Demokratie der Banken, Konzerne und Kapitalisten zeigt.

KEINE ILLUSIONEN ÜBER DIE DEMOKRATIE DER BANKEN UND KONZERNE!

Die Tatsache, daß es in der hessischen Verfassung die Möglichkeit des Volksbegehrens gibt, erweist sich als bloße Augenwischerei. Tatsache ist, daß hier in Hessen ein riesiges Projekt wie die Startbahn mit allen Mitteln von seiten der Regierung durchgesetzt wird. Klar ist, daß hierüber die hessischen Bürger durch das Volksbegehren zu entscheiden haben müßten. Mit der Kampagne zur Durchführung des Volksbegehrens wird aber nicht nur die Pseudodemokratie in Westdeutschland entlarvt. Vielmehr wird vor allem von seiten der Grünen und der DKP mit dieser Kampagne auch die Illusion geschürt, als sei im Parlament in Wiesbaden zeitweilig die Demokratie irgendwie abhanden gekommem und es gelte sie nun wiederzufinden und wieder zu installieren. Das ist eine gefährliche Illusion, weil man so tut, als wäre "unsere"Demokratie eine Demokratie des Volkes, die man nur richtig anwenden müßte.

Besonders die Grünen, die sich den fortschrittlichen Jugendlichen als Alternative zu den Bonner Parteien anbietet, ignoriert völlig, daß es nach wie vor zwei Klassen gibt mit unversöhnlichen Interressen. Sie ignorieren dabei völlig, daß die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß die Herrschenden niemals ihre Macht freiwillig abgeben, sie werden dies immer durch ihren Machtapparat(Armee, Polizei) zu verhindern suchen.

Dadurch, daß die Grünen dieser Staatsgewalt ihre Propaganda des gewaltfreien Widerstandes entgegenstellen zeigt,daß sie diesen herrschenden Staatsapparat im Prinzip nicht in Frage stellen, daß sie ihn sich nur "menschlicher und friedliebender" wünschen.

Eine andere Tatsache ist auch, daß sich der Staat an seine selbstgemachten Gesetze nicht hält, was die Räumung des Hüttendorfes gezeigt hat - die Frage der Zulässigkeit des Volksbegehrens wurde erst garnicht abgewartet.

Das ist nicht etwa ein hessischer Ausrutscher, das wird auch in der anderen Bundesländern praktiziert, wie das die Massenverhaftungen - und Anklagen in Nürnberg gezeigt haben. Selbst bürgerliche Juristen sind über solche Vorgänge besorgt, bedrohen sie doch "unsere bürgerliche Demokratie".

Um dieses Vorgehen zu rechtfertigen, machen die Herren Börner, Gries&Co die sich wehrenden Bürger zu Kriminellen, Chaoten und Assozialen - in ihrer Infamie versteigen sie sich sogar dazu die Startbahngegner mit den Nazis gleichzusetzen - deren Angriffe auf die Demokratie energisch bekämpft werden müssen!

STAATSTERROR

Zu welchen Mittel der Staat greift, wenn er die Durchsetzung seiner Interressen gefährdet sieht, zeigen die brutalen Polizeieinsätze, die militärisch organisierten Operationen mit dem Einsatz des Bundesgrenzschutzes, dem Einsatz von Gas und Blendgranaten(die sich schon in Mogadischu bewährt haben).

Als Beispiel zu welchen bestialischen Einsätzen die Polizei fähig ist, zeigt das Beispiel in Ffm in der Rohrbachstraße, in der Nacht vom 3. auf 4. November.

Ein Augenzeuge berichtet:
"Um 0.3o in der Nacht zum 4.11. hörte ich eine Menschengruppe in der Rohrbachstraße. Vom Fenster aus sah ich einen Demonstrationszug vorbeiziehen, etwa 4oo Menschen. Völlig überraschend stürmte aus der Martin-Luther-Str. eine große Gruppe knüppelschwingender Polizisten auf die Demonstranten zu und schlugen hemmungslos auf sie ein. Ich sah viele Menschen unter den Knüppelkanonaden zusammenbrechen. Trotzdem schlugen die Polizisten weiter auf sie ein. Ich sah auch, daß eine Gruppe von etwa 3o Menschen von Polizisten eingekesselt und systematisch zusammengeschlagen wurde und daß Polizisten Männer und Frauen, die sich in Hauseingänge und Einfahrten flüchteten, verfolgten und dann weiter auf sie einschlugen. Die ganze Straße war erfüllt von panischem Angst-und Schmerzgeschrei, das ich jetzt noch in den Ohren habe.Nach etwa 15 Min. blieben ettliche Verletzte- zum Teil bewegungsunfähig- am Boden zurück."

Ein unbeteiligter Autofahrer berichtet: "Auf dem Boden lag ein Schwerverletzter schon in einer Lache von Blut,das aus einer Kopfwunde tropfte. Eine weinende Frau hielt den Kopf des offensichtlich bewußtlosen Mannes. Ich ging zu Polizisten, die in der Nähe standen und bat sie, über Funk einen Krankenwagen und Notarzt zu rufen. Die Antwort des Polizisten:"Für euch gibt es heute keine Hilfe!" Auf meine dringende, wiederholte Bitte und den Hinweis, daß ein Mensch verbluten könnte, drohten die Polizisten nur mit ihren Schlagstöcken und drehten sich weg."

Besonders ältere Leute errinnern sich bei diesen Methoden mit Schrecken an Methoden der SA und SS während des Hitlerfaschismus.

EINE LEHRE

Die Lehren aus den Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn 18 West werden dann positiv sein, wenn erkannt wird, daß man dem grünen gewaltfreien Geschwätz keinen Glauben schenken darf, wenn man erkennt, daß der staatlichen Gewalt zumindest die gleichen Mittel entgegengesetzt werden müssen.

Um zu verhindern, daß der kämpferische Teil der Bewegung resigniert oder andere Teile sich von der Illusion des Parlamentarismus einfangen lassen, muß entgegen der grünen "Alternative" eine kämpferische Perspektive für demokratische Kämpfe entwickelt werden.

Jedoch ein wirklich dauerhafter Widerstand, der es auch versteht Niederlagen zu verkraften, muß planvoll auf lange Sicht der organisierten Staatsgewalt die organisierte revolutionäre Gewalt entgegensetzen.



ARBEITSPLATZBESCHAFFUNG

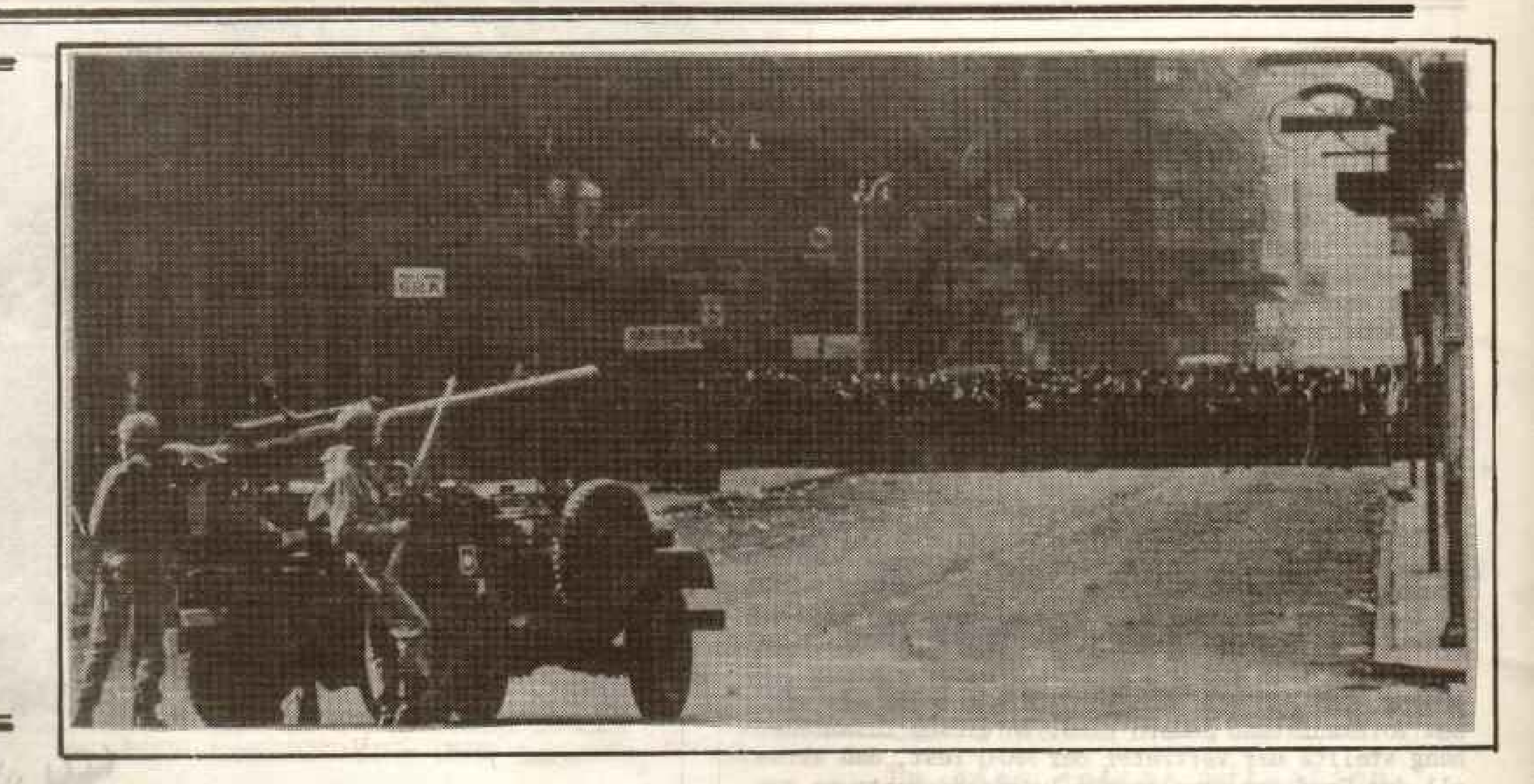
Schon die bisherigen Prognosen der FAG haben sich als falsch erwiesen. Für 1979 wurden 32391, für Ende 198o 37ooo Arbeitsplätze vorrausgesagt. Die Realität hinkte hinterher; 1979 waren es tatsächlich 3o828, Ende 198o 31ooo Arbeitsplätze. Selbst die FAG mußte zugeben, daß der Rückgang der Fluggastzahlen seit April 198o zu einem Rückgang der Arbeitsplätze führte.
Außerdem drohen angesichts der hohen Investitionskosten durch die Startbahn West den Fluggesellschaften Landegebühren bis zu 7ooo DM, die nur durch verstärkte Rationalisierung einzuholen sind. Rationalisierung bedeutet nicht nur Einsatz von mehr Großraumflugzeugen, das heißt auch Arbeitsplätzevernichtung.





Völker im Kampf

Serie von Konferenzen politischer chilenischer Parteien in Paris



Der im folgenden abgedruckte Artikel ist der chilenischen Zeitschrift A.N.CH.A.(Agencia Noticiosa Chilena Antifascista) entnommen. Er ist auf den Monat genau ein Jahr alt. Wir haben uns trotzdem entschieden, ihn unseren Lesern zugänglich zu machen, da er nicht Tagesereignisse zum Inhalt hat, sondern ein - wenn auch flüchtiges - Meinungsbild der verschiedenen Organisationen des Widerstands zu grundlegenden Fragen der chilenischen Revolution gibt. Deshalb hat er nach einem Jahr nichts an Informationsgehalt eingebüßt. Als Beginn einer Berichterstattung über Chile und die chilenische revolutionäre Bewegung wollen wir den Artikel zunächst so stehen lassen, ohne bereits unsere eigenen Meinungen, Positionen, und damit notwendigerweise auch kritischen Einschätzungen darzulegen. Dazu ist sicher Voraussetzung, umfassenderes Material zu studieren und zugänglich zu machen. Diesbetreffend aber gleich eine Schwierigkeit: die ANCHA hat nach unseren Informationen seit einiger Zeit ihr Erscheinen in französischer und englischer Übersetzung eingestellt, und so steht uns nur noch die spanische Ausgabe zur Verfügung. Da wir keine Kräfte haben, die über ausreichend Spanischkenntnisse verfügen, wird eine einigermaßen aktuelle Berichterstattung über Chile entscheidend davon abhängen, ob sich Freunde finden werden, die uns auf diesem Gebiet unterstützen möchten. Wir bitten, sich an die Reaktion der TÜRKEI IM KAMPF zu wenden.

(Übersetzung aus: ANCHA Nr. 59, Januar 1981)

Während der Monate Oktober und November hat das "Solidaritätskomitee mit dem chilenischen Volk" in Paris eine interessante Reihe von Konferenz-Debatten abgehalten, angeregt durch die Vertreter mehrerer politischer, chilenischer Parteien der Opposition. Zum Zeitpunkt des Umbruchs dieser Nummer hatten folgende Parteien daran teilgenommen: MIR (Bewegung der revolutionären Linken, Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles (PCR), Sozialistische Partei Chiles (Sektion von Carlos Altamirano), Sozialistische Partei (Nationale Koordination der Regionen - COPOL), Christliche Linke, MAPU, MAPU - Partei der Arbeiter, Sozialistische Partei (Nationale Koordination der Regionen - CNR). Diese Konferenzen haben viel dazu beigetragen, die Positionen der verschiedenen Parteien kennenzulernen, bestimmte Fragestellungen unter den Exilierten zu klären, Punkte der Einheit zwischen den verschiedenen Organisationen festzustellen, und die Differenzen zu präzisieren.

I - DAS PROBLEM DER EINHEIT UND DIE POLITIK DES BÜNDNISSES

Diese Frage war eine der am meisten debattierten im Verlauf der Konferenz. Die MIR hat die Notwendigkeit verfochten, eine breite anti-diktatorische Front aufzubauen, die Sektoren der Christ-Demokratie umfassen solle. Angesichts des Sektierertums und der verschiedenen Probleme, die die Errichtung einer solchen Front begleitet haben favorisierte die MIR die Schaffung einer bürgerlichen Front, die von Personen, die die verschiedenen Sektoren der Opposition repräsentieren, geleitet wird, und durch die sich die Einheit der politischen Organisationen realisieren würde. Der Vertreter der MIR unterstrich die Notwendigkeit, die unabhängige Alternative der Arbeiterklasse vorwärts zu bringen, damit der Übergang zum Sozialismus garantiert ist; in diesem Sinne hat die MIR den Wunsch die Zusammenarbeit mit jenen Sektoren, die ähnliche Ziele haben, zu bevorzugen. Solche Sektoren sind die MAPU, die Christliche Linke und andere.

Der Vertreter der PCR unterstrich ebenso die Notwendigkeit einer breiten sozialen Front, auf dem Arbeiter-Bauern Bündnis basierend und alle sozialen Schichten umfassend, die für eine Mobilisierung gegen die Diktatur empfänglich sind. Er signalisierte die Notwendigkeit der Verteidigung der revolutionären Linie während des Bündnisses mit anderen antifaschistischen Sektoren wie der PC (revisionistische KPChiles, Anm.d.TIK Red.) und der DC (Christ-Demokratie, Anm.d.TIK Red.). Er beharrte auf der Notwendigkeit und Wichtigkeit einen alternativen revolutionären Pol aufzubauen, um die Einheit der Revolutionäre zu festigen und um eine proletarische Richtung in der Front sicherzustellen. Gleichzeitig leistete der Vertreter der PCR eine Selbstkritik, daß diese, auf Grund unter anderem ihres Sektierertums, unfähig gewesen ist, einen solchen Pol aufzubauen. Die PCR bestand ebenso auf dem Faktum, daß die Basis der Einheit das Wichtigste ist und nicht die Quantität der Kräfte, die man vereinigen kann.

Die Sozialistische Partei stellte während der Konferenzen die Resolutionen ihres 24. Kongresses, der vor kurzem abgehalten wurde, vor. Was das Problem der Einheit und der Politik des Bündnisses betrifft, unterstrich die PS die Personifizierung des Regimes in Pinochet und die wichtige Tatsache, daß die große Mehrheit der Bevölkerung, vom Ex-Präsidenten Frei bis zur ultra-reaktionären Zeitschrift "Le Mercurio", ihre Opposition gegen die Junta zum Ausdruck bringt. Also müssen alle politischen Kräfte des Landes kurzfristige und längfristige Mittel vorschlagen, um aus der aktuellen Situation herauszukommen. In diesem Sinn hat die PS nocheinmal die Linie der Front der Arbeiter bejaht, die die Hegemonie der Arbeiter unterstützt. Diese Strategie schließt taktische Kompromisse mit bürgerlichen Kräften nicht aus. Währenddessen schloß der Vertreter der PS jede Möglichkeit der Teilnahme an einer christ-demokratischen Regierung, auch als unterstützende Kraft, aus. Die PS beharrte auf der Notwendigkeit, einen sozialistischen Block aufzubauen.

Das COPOL der PS (CNR) bejahte ebenso erneut die Linie der Front der Arbeiter und schlug die Formierung eines Blocks revolutionäre Politik vor, der sich aus den revolutionären Organisationen der chilenischen Linken zusammensetzen würde, um die Hegemonie der Arbeiter im Schoß der Front zu entwickeln.

Die Christliche Linke (IC) hob angesichts dessen, daß sich die Unidad Popular in einem paralysierten Zustand befindet, die Notwendigkeit hervor, eine neue Dynamik der Einheit zu schaffen. Um dies umzusetzen stellten sie die Notwendigkeit der Schaffung der "Sozialistischen Konvergenz" in den Vordergrund, eine breite Koordination von Kräften, die eine größere Demokratie und den Sozialismus zum Ziel haben. Zur aktuellen Stunde existiert ein Verbindungskomitee, bestehend aus der Christlichen Linken, der MAPU und der MOC (MAPU - Arbeiter und Bauern), das einen minimalen Plan vorbereiten soll um den Widerstand dort, wo diese Parteien arbeiten, zu entwickeln und für die internationale Solidarität zu mobilisieren. Im Innern der "Sozialistischen Konvergenz"findet man das Problem der unterschiedlichen Einschätzungen der Politik der Kommunistischen Partei wieder. Die IC bestätigte mit der PC in verschiedenen Fragen Differenzen zu haben. Dies betrifft unter anderem: Sozialismus und Demokratie, Hegemonie der Linken, internationale Politik. Aber die "Sozialistische Konvergenz"ist nicht "anti-PC", angesichts dessen, daß diese Partei während der chilenischen Revolution notwendig sein wird. Die IC hat die Notwendigkeit betont mit der Christ-Demokratie zu arbeiten, um die Militanten an die Positionen der Linken heranzuführen.

Die MAPU sprach sich ebenso für die Schaffung einer "Sozialistischen Konvergenz" aus und informierte über die Abhaltung einer Konferenz in Chile, auf der die MOC, die MAPU, die IC und die PS (Sektor Altamirano) vertreten waren. Die Idee, die die Konvergenz geboren hat ist, daß es in Chile eine sozialistische und eine kommunistische Strömung gibt. Die Konvergenz möchte die Sozialisten vereinigen mit dem Ziel, sich besser mit den Kommunisten zu verständigen, und um die Einheit der Linken auf dieser Basis zu schmieden. Die MAPU mißt diesem Prozeß eine große Bedeutung bei. Was die DC betrifft denkt die MAPU daß es grundlegend ist, mit dieser Partei eine Übereinkunft zu schließen, in erster Linie, um die Diktatur zu stürzen und an zweiter Stelle um zu versuchen, einen antikapitalistischen Konsens mit wenigstens einem Sektor der DC zu entwickeln. Die MAPU begünstigt es in jeder Weise einen gemeinsamen Kampf mit der DC zu führen dort, wo sie sich befindet.

Die MAPU - Partei der Arbeiter unterstrich die Notwendigkeit, die Einheit an der Basis zu schaffen und jene revolutionären Organismen zu entwickeln, die die Massen sich selbst geben, vielmehr als einen Überbau von oben zu schaffen. Die Einheit muß sich im Kampf selbst realisieren und nicht vermittels Zusammenschlüssen, die dem ersten bedeutenden Ansturm nicht widerstehen.

II - REVOLUTIONÄRE GEWALT UND BEWAFFNETER KAMPF

Alle Parteien gingen von der Notwendigkeit,für den STURTZ der Diktatur zu kämpfen, aus, und alle bekundeten den Willen, oder wenigstens die Unvermeidlichkeit, auf den bewaffneten Kampf, auf die revolutionäre Gewalt zurückzugreifen. Die MIR legte Rechenschaft über ihre Aktivitäten der bewaffneten Propaganda ab und erwähnte die Embryos der Volksmilizen, die sich entwickeln und die sich selbst auf die Füße stellt. Während der Debatte, die auf der Konferenz der MIR stattfand,diskutierte man viel über die Konzeption des **bewaffneten Kampfes: ist nur eine Gruppe von Personen nötig, gut ausgebildet und bewaffnet (These Nr.1), oder die Gewalt der Massen, das Volk unter Waffen (These Nr. 2).**

Die anderen Parteien, die an der Serie von Konferenzen teilgenommen hatten, bezogen für die These Nr. 2 Position. Unter ihnen sagte die PCR: was das wichtigste ist, das ist die Entwicklung des Bewustseins der Massen von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes, das ist sie allgemein zu mobilisieren, um so auf natürliche Weise beim bewaffneten Kampf anzugelangen; dabei verurteilt man nicht von oben

herab die bewaffneten Aktionen, die bereits heute existieren, und die eine Manifestation der Opposition gegen den Faschismus darstellen. Die Sozialistische Partei sagte daß es notwendig ist, den bürgerlichen Staat zu stürzen und nicht nur ihn zu reformieren; das Volk muß nicht nur an die Regierung gelangen, sondern es muß auch die Macht ergreifen, und das durch Waffen. Die PS wies in Form der Selbstkritik darauf hin, daß es faktisch keine revolutionäre Arbeit unter den bewaffneten Kräften während der Regierung der Unidad Popular gegeben hat.

Die Christliche Linke unterstrich ebenso daß es notwendig ist, die Diktatur mit Gewalt zu stürzen, aber daß die Bewegung noch nicht so weit ist, und daß man nicht voluntaristisch sein darf; sie sagte weiter, daß es von einem Mangel an Ernsthaftigkeit zeugt, wenn man heute von einem unzufriedenen und "demokratischen" Kontingent spricht. Die MAPU hielt an der Unvermeidlichkeit der Gewalt zum Sturtz der Diktatur fest, daran, daß diese Gewalt die Gewalt der Massen sein muß und nicht nur einer kleinen Gruppe, und daß sie sich in nichts anderem als einem Volksaufstand äußern kann. In diesem Zusammenhang stellte der Vertreter der MAPU fest, daß aktuell der Grad der gewaltsamen Auseinandersetzung zur Lösung sozialer Konflikte vermindert werden sollte.

Die MAPU - Partei der Arbeiter stimmte für ihren Teil erneut der Wichtigkeit zu, daß das Volk seine eigene Armee hat, daß diese Kräfte sich aber an der Basis konstituieren, im Feuer des Kampfes, wenn sie eine wahrhafte Volksarmee sein sollen. Die beiden Sektoren der PS (NDR) bestanden auch auf der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes, durch den das Volk die Diktatur stürzt und die Macht übernimmt.

III - DIE KRISE DER LINKEN

Dieser Punkt tauchte in verschiedenen Redebeiträgen auf, als der Reflex der Realität, wie sie in den Partcien der chilenischen Linken erlebt wird. Jene, die sich am meisten über dieses Thema verbreitet haben, waren die Christliche Linke, die MAPU und die MAPU - Partei der Arbeiter, weiterhin aber auch die anderen Parteien, die auf der Konferenz gegenwärtig waren. Nur die MIR hat angegeben, keine Krise durchzumachen.

Für die christliche Linke rührt die Krise daher, daß eine Führung durch die Unidad Popular fehlt und allgemein daher, daß es ein Auseinanderklaffen zwischen der wirklichen Massenbewegung und ihrem Wiederanstieg, und der Führung der politischen Parteien gibt. Für die Christliche Linke ist es klar, daß die Unidad Popular zur aktuellen Stunde ihre Führung nicht ausübt und daß die Krise, die sie durchmacht, tiefgehend ist, da sie sich seit einem Jahr nicht versammelt hat. Die IC betonte die Notwendigkeit ihrer Erneuerung auf der Basis der Mobilisierung der Massen und eines neuen historischen Projekts. Die Sozialistische Partei stellte die Krise der Linken fest, und ihr 24. Kongress hat die Linien für die politische Führung der Arbeiter vorgezeichnet. Ebenso stellten die PCR und die PS(CNR) in gleicher Weise fest, daß diese Krise die Linke im Allgemeinen und ihre Organisationen im Besonderen durchzieht. Die PS (CNR) unterstrich, daß die Krise der Linken sich in der Spaltung innerhalb der PS ausdrückt. Die MAPU wies darauf hin, daß das kürzliche "Verfassungs-Plebiszit" mit aller Deutlichkeit die Entfernung zwischen der "politischen Klasse" und der realen sozialen Bewegung zum Erscheinen gebracht hat. Dies hat sich in einer Ebbe der Massenbewegung geäußert (die im Ansteigen begriffen war), und im Verlust von Illusionen unter den verschiedenen Sektoren der Opposition. Es sei notwendig neu zu definieren, was Politik ist, und die Strukturen und Programme der Parteien zu erneuern. Was die Unidad Popular betrifft unterstützte der Vertreter der MAPU (so wie auch der der IC), daß dies ein Überbau ist, den es gilt hinter sich zu lassen, der heute nichts mehr repräsentiert, aber daß heute kein anderer existiert, und daß sie deshalb daran teilnehmen.

Die MAPU - Partei der Arbeiter war diejenige, die sich am meisten bei der Krise der chilenischen Linken aufhielt. Sie unterstrich, daß ihre Organisation sich in einer Krise befindet, weil die chilenische Linke eine Krise durchläuft, sowie auch die Arbeiterbewegung weltweit. Sie artikulierten diese Krise grundsätzlich in den folgenden Punkten: die Struktur und die Konzeption der revolutionären Partei; die Konzeption des Sozialismus (man hat die Übergangsperiode mit dem Sozialismus, und den Sozialismus mit dem Staatskapitalismus verwechselt); die Verbindung der politischen Parteien mit der realen Massenbewegung (Probleme der Massenlinie). Man



kann nicht davon sprechen, daß diese Krise überwunden ist, und die MAPU - Partei der Arbeiter ist die Erste, die die Fortdauer dieser Krise innerhalb ihrer Partei verzeichnet.

IV - INTERNATIONALE POLITIK

Gerade in dieser Frage konnte man die größte Anzahl an Differenzen zwischen den an der Konferenz teilnehmenden Parteien feststellen. Im Allgemeinen drehte sich die Debatte um die Position der verschiedenen Parteien zur UdSSR und ihrer Politik. Zum Beispiel vertrat die MIR, daß die "UdSSR und das sozialistische Lager die strategischen Verbündeten der chilenischen Revolution" sind, und, in der Antwort auf eine Frage bezüglich der sowjetischen Intervention in Afghanistan, qualifizierten die Vertreter der MIR diese als "internationalistische Hilfe für einen sich in Gefahr befindlichen revolutionären Prozeß". Dazu im Gegensatz bejahte die IC, daß sie nicht geneigt ist, für Chile einen Sozialismus zu akzeptieren wie er in der UdSSR existiert, und daß sie in diesem Punkt, wie hinsichtlich der sowjetischen Intervention in Afghanistan, Differenzen mit der Kommunistischen Partei haben. Dabei vertraten sie, daß die UdSSR und die Länder dieses Blocks sozialistisch sind, ein bürokratischer Sozialismus mit Fehlern, aber trotz allem doch zum Sozialismus zu zählen. Auch der Vertreter der MAPU drückte sich in nahezu denselben Formulierungen aus.

Die PS und die beiden Sektoren der PS (CNR) sagten, daß sie die Intervention in Afghanistan verurteilen und erklärten, daß sie die Bewegung der polnischen Arbeiter unterstützen. Die PS gab bekannt, daß ihr 24. Kongress eine Komission zum Studium der Natur der Länder wie der UdSSR, China usw. ernannt hat. Die MAPU - Partei der Arbeiter und die PCR stuften die UdSSR als ein imperialistisches Land, in dem ein Staatskapitalismus existiert, ein, und verurteilten die Invasion in Afghanistan; die beiden Parteien lenkten in gleicher Weise die Aufmerksamkeit darauf, daß das Anwachsen der Rivalität zwischen dem Yankee-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus die Welt rapide in Richtung eines Dritten Weltkriegs steuert.

V - ANDERE PUNKTE

Zahlreiche andere Probleme waren während der Debatten zwischen den auf den Konferenzen anwesenden Parteien aufgeworfen worden. Zum Beispiel sprach der Vertreter der Christlichen Linken von der Bedeutung, die heute die christliche Bewegung für die Revolution in Lateinamerika hat; die Christen sind nicht nur mögliche Verbündete, sondern sie sind notwendig für den Prozeß der Befreiung. Eine der Grundlagen für diese Ansicht besteht in der Theologie der Befreiung als ideologische Basis der christlichen Volksbewegung. Die MAPU ging ausführlicher auf das Problem des Einflusses ein, den das diktatorische Regime in bestimmten Teilen der Bevölkerung hat. Dieser Einfluß rührt unter anderem vom ökonomischen System, vom Eindringen des Konsumdenkens trotz der Funktionsweise dieses Systems; man kann auch hinzufügen, daß das Regime einen gewissen Einfluß durch die Repression und die Propaganda erreicht hat. All dies spielt der MAPU zufolge eine große Rolle zu Gunsten des Einflusses der Diktatur auf das spontane Bewusstsein des Volkes. Was den Vertreter der PCR betrifft, so antwortete er auf eine Frage nach der Meinung der Marxisten Leninisten zu den neuen Problemen der modernen Gesellschaft (Feminismus, Kriterien der industriellen Entwicklung, Drogen, neue Moralvorstellungen usw.), indem er die Schwäche der marxistischen Lehren über diese Fragen, und die Notwendigkeit, sie mit einem Geist der Erneuerung anzugehen, unterstrich.

Anmerkung: Dieser Artikel ist auf Grundlage von Notitzen, die während der verschiedenen Konferenzen gemacht wurden, ausgearbeitet worden. Das Redaktionskomitee der ANCHA akzeptiert jede Berichtigung oder Hinzufügung seitens der Parteien, die an den Konferenzen teilgenommen haben.

